

schäftlich schwache Häuser vorhanden sind, z. B. die vor dem Verfall stehenden Arbeiterquartiere, kann mit Zustimmung der obersten Landesbehörde ein Ausgleichsfonds eingerichtet werden. Hierzu ist von allen Mietern der Gemeinde ein besonderer Zuschlag zu entrichten. Aus diesen Aufkommen ist den Schwachen Beihilfe zu gewähren. Die Höhe des Zuschlags kann die oberste Landesbehörde bestimmen, sie kann Vorschriften über Verwendung und Verwaltung des (Solidaritäts-)Fonds erlassen. Ueber die Verwendung ist unter Hinzuziehung von Vermieter und Mietervertretung zu entscheiden.

Unterläßt der Vermieter die notwendigen Arbeiten, so ist die Gemeindebehörde berechtigt, die Arbeit selbst vorzunehmen.

Zuschläge für gewerbliche Räume kann das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters festsetzen, wenn und soweit infolge der Eigenart des Betriebes besonders hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten entfallen. Ferner kann für diese Räume ein besonderer Zuschlag in Hundertsätzen zur Friedensmiete festgesetzt werden, der zur privaten Verwendung des Vermieters gestellt wird. Dieser Zuschlag widerspricht dem für das Reichsmietengesetz aufgestellten Grundsatz, daß Mietsteigerungen nur insoweit zugelassen sind, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig werden.

Das Gesetz bemüht sich, auch den Untermieter vor einer zu hohen Miete zu schützen. Bei ihm muß die Miete in einem angemessenen Verhältnis zum Hauptmietzins stehen. Die oberste Landesbehörde hat nähere Bestimmungen über die Berechnung der Untermiete zu treffen.

Die Vorschriften des Reichsmietengesetzes finden keine Anwendung auf alle nach dem 1. Juli 1918 neugeschaffenen Räume, ferner nicht auf Räume und Gebäude des Reichs, der Länder oder sonstigen Körperschaften öffentlichen Rechts; und schließlich nicht auf die Räume und Gebäude solcher Gesellschaften und Genossenschaften, deren Zweck darauf gerichtet ist, minderbemittelten Familien oder Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu billigen Preisen zu verschaffen.

Das Gesetz setzt fest, daß die Mieter eines Hauses berechtigt sind, eine Mietervertretung zu bestimmen. Sie soll das gute Einvernehmen zwischen Mietern und Vermietern fördern und jeder Beteiligte soll sich in Streitfällen, insbesondere vor Anrufung des Mieteinigungsamts, zunächst an diese wenden; sie soll den Sachverhalt klären und eine Einigung herbeizuführen suchen. Das sind neben anderen Obliegenheiten die hauptsächlichsten Funktionen der Mietervertretung.

Die aus dem Reichsmietengesetz fließenden Rechte können nicht abgedungen werden, d. h. kein Vertragsteil kann auf die ihm zugehenden Rechte verzichten. Zur Verhinderung sogenannter Schenkungen wird bestimmt, daß die Vorschriften des Gesetzes auch auf Verträge Anwendung finden, die unter Umgehung oder zum Zwecke der Umgehung abgeschlossen sind. Da die zurzeit bestehenden Bestimmungen zum Schutze gegen eine ungerechte Mietpreisbildung nicht mehr oder nicht mehr lange Zeit ausreichen, so will das Gesetz den Mieter vor einer drohenden Gefahr schützen. Es schützt ferner den Vermieter und dessen Eigentum vor dem Verfall durch Festsetzung einer Miete, die die vollständige Erhaltung des Hauses sichert. Ob bei der vom organisierten Hausbesitz geforderten freien Wirtschaft im Wohnungswesen und den sich dann bildenden Mietpreisen in allen Fällen diese Sicherung gegeben wäre, kann sehr stark bezweifelt werden, geht doch die Sicherung so weit, daß gekuldete Mietleute wie Gemeindeabgaben eingetrieben werden sollen.

Läßt schon das Gesetz die Eigentumsrechte in vollem Umfange bestehen, so schränkt es doch das Nutzungsrecht insoweit ein, daß der Eigentümer das Recht der selbständigen und oft willkürlichen Festsetzung der Miete zugunsten des höheren sozialen Rechts aufgeben muß. Die gesetzliche Miete wird von einer Behörde festgesetzt werden. Außerdem räumt das Gesetz mit dem absoluten Eigentumsbegriff auf, an dessen Stelle soll

durch die Mitwirkung dieses Gesetzes der soziale Eigentumsbegriff treten. Das ist nicht Gemeinwirtschaft und nicht die Sozialisierung, aber immerhin ein Fortschritt. Der sozial schwächere Mieter, der sonst in der Zeit der ungesunden Nachfrage nach Wohnungen sich allein vor Uebergriffen und Ueberforderung des stärkeren Wohnungsbesizers nicht schützen kann, wird durch das Gesetz geschützt. Er erhält ferner eine gewisse Mitwirkung an der Verwaltung des wichtigen Grundstückes, das er durch seine Mietzahlung erhält.

Mit dieser gesetzlich auferlegten Pflicht wird der Mieter zum Träger der Wohnwirtschaft, was seine rechtliche Stellung gegenüber dem bisherigen Zustand erheblich verändert. Die rechtlichen und sozialen Wirkungen des Gesetzes werden nicht unbedeutend sein.

Der letzte König von Preußen.

Wer war der letzte König von Preußen? Auf diese Frage antwortet wohl jedermann: Wilhelm II. Die „Kreuzzeitung“ weiß es besser. Sie schreibt in einem Artikel zum 125. Geburtstag Wilhelm I.:

Gerade in der preussischen Frage hat König Wilhelm eine durch die Ueberlieferung von fünf Jahrhunderten seines regierenden Geschlechts ihm überkommene, fast prophetische Einsicht bewiesen, als er — und zwar diesmal im Widerspruch zu Bismarck — nicht lange vor Versailles die sorglose Frage stellte: „Wo bleibt mein Preußen?“ Tatsächlich ist König Wilhelm, der in seiner greisen Majestät den Vater des Vaterlandes unvergleichlich verkörperte und der in seiner demütigen Hoheit, wie uns Bismarck an vielen Stellen seines Werkes bezeugt, stets und überall sich königlich bewies, in mehr als einer Hinsicht der letzte König von Preußen gewesen.

Nach Wilhelm I. hat es also, das Urteil der „Kreuzzeitung“ läßt einen anderen Schluss nicht zu, keinen König von Preußen mehr gegeben, der sich „königlich bewies“. Die „Kreuzzeitung“ kommt damit unversehens von der Dickschopflegende ab und ganz nahe an die geschichtliche Wahrheit heran, daß die Monarchie in Preußen-Deutschland an den Monarchen, das heißt an sich selber zugrunde gegangen ist.

Eine kommunistische Funkenstation.

In der Linienstraße 104 ist bei dem Mechaniker Ahrends eine Funkenstation beschlagnahmt worden, die für die kommunistische Partei gearbeitet hat. Nach der Korrespondenz B. S. handelt es sich um eine Abhöranlage, um eine Rahmenantenne, die dem Mechaniker Ahrends gestaltete, die aus dem Zustand kommenden Funksprüche ebenso aufzunehmen wie die von der Großstation Rauen gefunkten Nachrichten. Man war schon seit geraumer Zeit darauf aufmerksam geworden, daß eine gewisse kommunistische Zeitung Nachrichten aus Moskau, die von dort gesunkt wurden, wenige Stunden später veröffentlichen konnte, ohne daß ihr diese Telegramme durch eine Postbehörde oder Reichsstelle zugänglich gemacht wurden. Die betreffende Zeitung mußte sich also auf illegalem Wege in den Besitz des Funkenprüchmaterials setzen. Es war auch fernerhin bekannt, daß an anderen Orten geheime Stationen bestanden mußten, da auch dort Feststellungen ähnlicher Art gemacht worden waren. Durch ein technisch sehr interessantes Kontrollsystem gelang es in Berlin wie auch anderswo festzustellen, daß von verdorbenen Stellen aus mitgehört wurde und man rückte langsam an die Abhörstellen heran.

Ueber die Einzelheiten wird noch folgendes mitgeteilt: Der Monteur Walter Ahrends bewohnte seit August vorigen Jahres mit seiner Frau und einem kleinen Kind in dem Hause Linienstraße 104 im Seitenflügel 2 Treppen eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung. Die unter Ahrends wohnenden Mieter wurden fast den ganzen Winter über in ihrer Nachtruhe durch den in der Ahrendschen Wohnung herrschenden Lärm gestört. Bis tief in die Nacht hinein wurde dort gehämmert und geläut und man hörte das Klirren und Raseln von Apparaten. Das metallische

Klirren und Klängen wurde von Frau Ahrends auf Fragen ihrer Mitbewohner als das Klappern einer Schreibmaschine bezeichnet. Die bei Ahrends ankommen den Baten überbrachten das von ihm abgehörte Nachrichtenmaterial der Redaktion einer hiesigen kommunistischen Zeitung und auch den Zentralinstanzen der kommunistischen Partei.

Soweit der Tatbestand. Welchen Zwecken die Funkenstation im einzelnen gedient hat und wieweit die Schlässe einiger Zeitungen berechtigt sind, daß es sich hier um ein hochoverstehtliches Unternehmen handelt, muß nach den bisherigen Nachforschungen dahingestellt bleiben. Man wird erst den weiteren Gang der Untersuchung abwarten müssen, ehe man Schlüsse zieht. Die sensationelle Aufmachung, in der ein Teil der Presse die Sache behandelt, scheint uns einseitig nicht im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung zu stehen. Wie wir erfahren, lassen sich derartige kleine Abhöranlagen sehr leicht und unauffällig einrichten und es dürfte wohl derer eine ganze Anzahl in Deutschland geben. Ebenso muß erst eine Befragung der in der Presse geäußerten Vermutung abgewartet werden, ob die Apparate der kommunistischen Funkenstation aus Militärbeständen entwendet worden sind.

Kommunisten wollen höhere Diäten.

Ablehnung der Erhöhung durch die Sozialdemokraten.

Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft hat im Kollektivenauschuß des Reichstages eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten beantragt. Der Antrag wurde von den Unabhängigen unterstützt. Beide Parteien begründeten den Wunsch mit der Geldentwertung und wiesen darauf hin, daß ähnliche Bestrebungen im Preussischen Abgeordnetenhaus vorhanden seien. Die sozialdemokratische Fraktion ließ erklären, daß sie nicht verkenne, daß die Aufwandsentschädigung hinter dem Sinken des Geldwertes zurückbleibe, aber sie sei dennoch dagegen, daß jetzt die Aufwandsentschädigungen erhöht werden. Der Reichstag müsse sozial berechtigte Wünsche des Volkes mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches zurückweisen, daß es nicht angehe, jetzt erneut die Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten zu erhöhen. Man könne vielleicht einen Ausgleich für die hohen Aufwendungen der Abgeordneten während der mehremonatigen Dauerhaltungen des Reichstages darin suchen, daß man dem Reichstag eine längere Sommerpause gewähre. Dies sei möglich, wenn sich alle Fraktionen die Beschränkung im Reden auferlegen, die die sozialdemokratische Reichsfraktion gemacht habe.

Ein neuer deutscher Orden?

Reichstagsabgeordneter Genosse Sollmann-Rön hat folgende Anfrage an die Reichsregierung eingebracht: „Die Deutsche Kolonialgesellschaft sendet folgendes Rundschreiben:

Von der Regierung wird ein Kolonialerinnerungszeichen geschaffen, das verliehen wird an: 1. alle Männer und Frauen, die sich in den Kolonien verdienstvoll betätigt haben; 2. alle Männer und Frauen, die nicht selbst in den Kolonien waren, aber sich um sie besondere Verdienste erworben haben. Das Abzeichen wird unter dem Eisernen Kreuz 1. Klasse getragen. Es ist von den Antragstellern zu bezahlen. Die Verleihungsurkunde wird vom Reichsministerium für Wiederaufbau verliehen. Der Preis des Abzeichens steht noch nicht fest, dürfte aber 60 M. keinesfalls übersteigen. Wir bitten die Abteilungen, alle Mitglieder hieran in Kenntnis zu setzen, ebenso wie alle Kolonialdeutschen, die am Ort wohnen und noch nicht Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft sind. Anträge auf Verleihung des amtlichen Kolonialerinnerungsabzeichens bitten wir zu sammeln und möglichst bald hierher zurückzuleiten.

Ich frage die Reichsregierung, ob diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen? Wenn ja, wie sie die Schaffung eines neuen Ordensabzeichens mit den gegenwärtigen Bestimmungen der Reichsverfassung (Art. 109) in Einklang bringen will?“

Sepp Oester will sein Mandat zum Braunschweigischen Landtag nicht niederlegen. Die USB könne über sein Mandat nicht verfügen, da er nicht mehr Mitglied dieser Partei sei. Das ist eine originelle Auffassung.

Kunst als Arznei.

Daß die Kunst den Geist erheitert und anregt, ist ja eine so allgemeine Wahrheit, daß darauf nicht erst hingewiesen zu werden braucht. Die Kunst ist aber nicht nur für die Ausbildung und die Harmonie unserer seelischen Kräfte unentbehrlich, sie ist auch für unser körperliches Wohlbefinden notwendig und eine Arznei, die unseren gesamten Organismus gesund hält. Diese biologische Bedeutung des Kunstgenusses betont in ganz neuer und eigenartiger Weise Richard Müller-Freienfels in seiner „Psychologie der Kunst“, deren erster Band soeben in zweiter Auflage bei B. G. Teubner in Leipzig erschienen ist.

Der Gesundheitswert des künstlerischen Genießens stellt sich uns im Bewußtsein als ein Lustgefühl dar; ein Lustgefühl tritt aber überall bei einem gleichartigen Funktionieren des Körpers auf; wir können daher bei einem lustvollen Kunstgenießen eine gleichartige Betätigung des Gesamtorganismus annehmen. Es fragt sich nun, inwiefern das, was sich im Bewußtsein als Lust zeigt, für das Leben und für unsere Gesundheit von Nutzen ist. „Alles Leben besteht in dem beständig vor sich gehenden Wechsel von Zerlegung und Neubau der organischen Substanz“, sagt der Verfasser. „Die in den Zellen aufgespeicherten Energien werden durch die äußeren Reize und die Reaktion darauf verbraucht und durch Zufuhr neuer Ernährung wieder aufgebaut. Wenn eine dieser beiden Tätigkeiten unterbleibt, so stirbt das betreffende Organ ab. Soll also die Zelle oder der Zellenkomplex in gesundem, lebendigem Zustand erhalten werden, so muß einerseits die Nahrungszufuhr regelmäßig konstant gehen, andererseits muß die in den Zellen aufgespeicherte Energie regelmäßig verbraucht werden; denn das Ausbleiben dieses Verbrauches kann ein Stocken des Lebens, ja eine Gefahr für das Bestehen der Zelle mit sich bringen. Man hat von einem „Nehlunger“ der Organe gesprochen. Die ästhetischen Erlebnisse können wir als Stütze dieses Nehlunger ansehen.“ Die Kunst schafft also Möglichkeiten der Lebensäußerung, die dem Ausgleich in der Betätigung der Organe dienen und eine gleichmäßige Anregung aller Organe hervorrufen, die zur Gesunderhaltung des ganzen Organismus erforderlich ist. Um das Gleichgewicht aller Körperfunktionen herzustellen, hat sich der Mensch besondere Möglichkeiten geschaffen, neben dem Spiel vor allem die Kunst. Das Reinspielen oder Tennis spielen verschaffen dem geistigen Arbeiter denselben Ausgleich der Betätigung, wie etwa dem Handarbeiter das Besen eines Raumes oder das Anhören eines Konzerts. Kunst sowohl wie Spiel führen dem Körper Reize zu, die ihm der Alltag nicht bietet, die aber seine Natur verlangt und ohne die einzelne Organe der Entartung anheimfallen würden.

Die Kunst regt also Lebensbetätigungen an, die sich im Bewußtsein als Lust geltend machen und eine gewisse Harmonie im Körper herstellen. Durch das künstlerische Genießen werden gewisse Organe, die dabei gelübt werden, gestärkt und gefördert. Die Beschäftigung mit der Malerei gewährt dem Auge eine lustvolle Betätigung, die auch seine spezifischen Fähigkeiten verstärkt. Die Hingabe an dichterische Darstellung übt eine Menge von Seelenkräften, die das Alltagsleben sonst ganz verflümmern ließe. So erhält die Tragödie im Menschen Gefühlsleben lebendig, die in unserem bürgerlichen Dasein

nicht in die Erscheinung treten. Auch die Musik, die keineswegs bloß das Ohr beschmeichelt, wenn sie auch den Gehörsinn zu einer außerordentlichen Empfindlichkeit schärft, rüttelt das ganze Gefühlsleben auf, hält es frisch und wach. Auf diese Weise bringt die Kunst erst den Menschen zu einer Höchstleistung seines Daseins, spendet ihm Leben in reinster Form, und zwar nicht nur in seelischer, sondern auch in körperlicher Beziehung.

Wie schwer der Mensch die Verkümmern des Kunstsinnes empfindet, dafür haben wir ein wichtiges Zeugnis in dem Betennnis Darwins, und es ist interessant, daß gerade dieser größte Biologe die biologische Bedeutung des Kunstgenusses so klar erkannte. Darwin sagt darüber, daß er jede Freude an der Dichtung verloren habe, weil er infolge seiner wissenschaftlichen Arbeiten die Übung des Kunstgenusses vernachlässigte. „Wenn ich mein Leben nochmals von vorne anfangen müßte“, schrieb er, „so würde ich es mir zur Regel machen, wenigstens einmal in der Woche etwas Dichtung zu lesen und Musik zu hören; denn so würden mir die nunmehr außer Fähigkeit gelegten Hirnteile durch die Übung erhalten geblieben sein. Der Mangel dieser Freuden ist ein Mangel an Glück, der für den Intellekt und noch mehr für den sittlichen Charakter von Nachteil sein kann.“ Die Kunst ist also die Arznei, die dem Menschen die Fähigkeit gibt, ganz Mensch zu sein, ihm die „Totalität“ seines Daseins verleiht, von der bereits Schiller als dem höchsten Geschenk des Schönen gesprochen.

Zum Wechsel in der Leitung der Museumsbaukommission teilt der amtliche preussische Pressedienst mit, der Kultusminister habe den Vorsitz deshalb übernommen, um als neutrale Instanz alle Streitigkeiten beizulegen, die der Fortführung der Museumsbauten hinderlich sein könnten. Die Maßnahme war wegen des Streites zwischen Herrn v. Bode und Ludwig Hofmann notwendig geworden.

Der Gewinn des Jolkman-Museums durch die Stadt Essen, über den wir vor kurzem näheres berichteten, wird nunmehr offiziell bekanntgegeben. Euzener Kunstfreunde hatten bekanntlich 15 Millionen zum Ankauf des Museums gespendet und daraufhin hat die Essener Stadtverordnetenversammlung jetzt ihre Zustimmung zur Annahme des Angebots der Osthauschen Erben an die Stadt Essen erteilt.

Wahrscheinlich durch drahtlose Telegraphie? Verschiedene Teile der Vereinigten Staaten und Kanadas wurden in letzter Zeit in große Aufregung versetzt durch das unheimliche und gefährliche Treiben einer unbekannten Macht. Blau-Flammen leuchteten und sprühten aus den Wänden und Wänden; seltsame Feuer sprangen plötzlich auf aus Rauch und Teppichen. Ein Outshaus in der Nähe von Antigonish in Nova Scotia wurde von den gelangstigen Bewohnern verlassen, weil sie diese aufregenden Flammen- und Funkenpiele nicht mehr ertragen konnten. Eine kleine Deme zu Uloa in Oklahama wurde dadurch dem Tode nahegebracht, daß in Zwischenräumen solche blauen Flammen aus ihrer Rauch- und aus den Bildern an den Wänden hervorquollen; sie kamen sogar aus den Kleidern der Kranken. Natürlich haben diese seltsamen Erscheinungen Anlaß zu den abenteuerlichsten und abergläubischsten Vorstellungen und wurden in den Blättern sehr viel besprochen. Ein hervorragender Gelehrter aus Boston, Edward O'Brien, vertritt die Anschauung,

daß es sich hier um elektrische Entladungen handelt, die durch die drahtlose Telegraphie hervorgerufen werden. Er führt aus, daß das Outshaus von Antigonish in einer direkten Linie zwischen zwei der stärksten drahtlosen Stationen Amerikas liegt, und meint, daß die Erscheinungen blühartige Entladungen seien, die von den elektrischen Strömen in der Luft ausgehen. Bei Witterungsverhältnissen, die diese Erscheinungen unterstützen, sei es gar nicht unmöglich, daß auch einmal ein solcher „drahtloser Blühschlag“ ein Haus anstecke und niederbrenne.

Die Teinflube auf hoher See. Das Alkoholverbot gilt in den Vereinigten Staaten bekanntlich nur so weit, als das Hoheitsgebiet des Staates an den Gewässern der Küste reicht. Drei englische Meilen oder etwa 5 Kilometer von der Küste entfernt kann jeder amerikanische Bürger sich so sehr mit Alkohol vollpumpen wie ihm nur beliebt. Auf dieser Tatsache hat ein erfindungsreicher Kapitalist J. B. Martin einen herrlichen Plan aufgestellt, für den er alle dürftigen New Yorker Rechten zu interessieren sucht. Es handelt sich um eine Teinflube auf hoher See. Martin will außerhalb des New Yorker Hofens, da, wo das Hoheitsgebiet des amerikanischen Staates aufgehört hat, ein luxuriös ausgestattetes Schiff stationieren, und er hat bereits zu diesem Zweck mit einer englischen Schiffbaufirma einen Vertrag abgeschlossen, die ihm diese schwimmende Teinflube in größtem Umfang und in elegantester Ausführung baut. Die Fahrt nach dem Schiff wird 3 Dollar kosten. Ueber die Preise für Speisen und Getränke verlautet noch nichts, sie dürften aber „gepfiffert“ sein. Martin behauptet, daß niemand ihm etwas bei der Durchfuhrung seines Planes anhaben könne, denn er stehe durchaus auf dem „Boden des Gesetzes“.

Auf der Jagd nach Nahrung. Eine packende Schilderung von dem täglichen Kampf gegen den Hunger, den die Petersburger Bevölkerung durchleben muß, entwirft der Korrespondent eines Kopenhagener Blattes, der sich einige Zeit in der russischen Hauptstadt aufhielt. „Es war ein hochwissenschaftlicher junger Mann, ein Soldat der Roten Armee, der mich in dieser Jagd unterrichtete“, erzählt er. „Wir trafen uns auf der Sabowala-Straße in Petersburg.“ „Haben Sie heute schon etwas gegessen?“ frante er mich, die übliche Frage, die jeder in dieser hungernden Stadt an den anderen richtet. Ich sagte ihm, ich hätte bisher nur einen Apfel im Magen; sonst hätte ich nichts aulkreiben können, obgleich ich Geld bei mir hätte. „Kommen Sie mit mir“, forderte er mich auf, „ich weiß einen Ort, wo man heute etwas zu essen kriegen kann.“ Er führte mich in ein Restaurant in der Nähe, wo wir ein wenig Bohnensuppe und Grütze gegen Bezahlung erhielten. Es waren aber so geringe Mengen, daß wir davon nur noch hungriger wurden. Mein Gefährte schlug mir nun vor, wir wollten nach dem Remoti-Prospelt gehen, wo in einem früheren eleganten Restaurant Fleisch und Kartoffeln zu haben sein sollten. Das Gericht, das hier herabgebracht wurde, bestand wirklich in zusammengeletem Fleisch mit Kartoffeln; aber man bekam nur ein paar Stücke. „Jetzt müssen wir einen langen Marsch zusammen machen“, tröstete mich mein Gefährte, als ich weiter über Hunger klagte. „Wir gehen über den Fluß, und auf dem Kronwesti-Boulevard weiß ich einen Laden, wo man ein Stück Brot bekommen kann.“ Er erzählte mir während des Weges, daß er Soldat der Roten Armee sei und sich auf Urlaub in Petersburg befinde. Diesmal hatten wir

Annahme der Vermögenssteuer.

Am Reichstag wurde gestern die Abstimmung über mehrere Paragraphen dieses Gesetzes wegen der schwachen Befehung des Hauses verschoben. Zum § 16 wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, wonach bei der Ermittlung des nachhaltigen Ertrages insbesondere „auch“ der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Alle anderen Anträge werden abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Dazu eine Anzahl Entschlüsse.

Darauf wurde das

Vermögenszuwachssteuergesetz

angenommen. Im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer wird alle drei Jahre der Vermögenszuwachs veranlagt. Steuerpflichtig ist er, wenn er 100 000 M. übersteigt und das Endvermögen mindestens 100 000 M. beträgt. Die Steuer beträgt für die ersten 200 000 M. 1 Proz. und steigt bis zu 10 Proz. bei einem Zuwachs über 1 1/2 Millionen M. Die Vorlage über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit beantragt der Ausschuss abzulehnen. Ausrufbedingte, die für Annahme der Vorlage (durch die anderen! Red.) eintreten, erwidert

Abg. Rahmann (Soz.):

Wenn die Kommunisten über Steuerraub schreiben und uns deswegen anklagen, so haben wir den Eindruck, daß diese Anklagen von herzlich wenig innerer Aufrichtigkeit getragen sind. Derlei Aufzählung scheinen übrigens auch ihre Anhänger zu sein, die sich immer mehr von der kommunistischen Partei lösen. Die Steuer-moral ist in unserem Volke zwar ungewöhnlich schlecht, aber sie steht ungefähr auf der Höhe, wie Ihre Moral (s. der äußersten Linken). Ihr Einkommen zu erhöhen. (Wärm und erregte Jurist der Komm.) Die Moral, die einer der Ihnen vor einiger Zeit hier ausreißt hat (großer Lärm links), ist nicht höher einzuschätzen als die Moral der Steuerdrückelberger. (Andauernder großer Lärm und stürmische Jurist links.) — Nachdem sich die Kommunisten einigermaßen wieder beruhigt haben, fährt der Redner fort: Das Parlament hat in jeder Beziehung auf reine Wäsche zu halten. Die Kommunisten behaupten, daß wir den Bestehenden ein Geschenk machen wollen. Das trifft nicht zu. Man muß das Ganze betrachten und bedenken, daß die Regierung nur einen bestimmten Umfang von Steuern vorgeschlagen hat, in der die Goldanleihe nicht enthalten war, die zurzeit einen Betrag von 60 Milliarden M. ausmacht. Den Finanzbehörden wird dadurch eine riesengroße Aufgabe überwiesen, daß auf der anderen Seite auch eine Entlastung eintreten muß. Aus diesem Grunde müßten wir, wenn es uns auch nicht leicht wurde, auf die Nachkriegsgewinnsteuer verzichten. Wir Sozialdemokraten haben vom ersten Tage der Revolution an danach gestrebt, der Kapitalflucht Einhalt zu gebieten. Der Volksbeauftragte Landsberg hatte einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, gegen den sich aber unabhängige Minister wehrten. Sie verwiesen auf den Weg der parlamentarischen Gesetzgebung und haben freiwillig der Kapitalflucht den Weg geöffnet.

Abg. Roenen (Komm.) verteidigt nach Freischlag des Versuchs, diese unbenutzte Debatte zu verlassen, die Einzeichnung des nicht im Reichstag anwesenden Abg. Fries durch seinen Kollegen Borch und bezeichnet ganz allgemein die Bisteneinzeichnungen aller Parteien als unmoralisch.

Der von Roenen angegriffene Reichsfinanzminister Hermes erklärt, daß er dem Prozeß mit größter Ruhe entgegenstehe.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Abg. Roenen hat behauptet, das ähnliche Fälle wie der Fall Borch-Fries in anderen Fraktionen vorgekommen wären. Ich fordere Roenen auf, die Namen der in Betracht kommenden sozialdemokratischen Abgeordneten zu nennen, damit wir gegen diese vorgehen können, anders als es die kommunistische Fraktion bisher getan hat, denn wir kennen in dieser Frage keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Moral.

Abg. Herz (U. Soz.) wendet sich gegen die „Unverschämtheit“ des Ministers Hermes und ruft durch diese Ausdrucksweise einen ungeheuren

Sturm

her vor. Besonders Rechtsparteien und Zentrum drängen zur Rednertribüne und hindern den Redner durch Schlußrufe am Sprechen. Vizepräsident Dr. Well ist nicht in der Lage, die Ruhe

lein Glück; nach einem langen Marsch erfahren wir, daß es an diesem Ort auch nicht das geringste Stückerl Brot mehr gab. Nun kam der Soldat mit seiner wichtigsten Enthüllung heraus: „Wenn wir uns um 5 Uhr nachmittags wiedertreffen wollen“, meinte er, „so will ich Ihnen eine ganz geheime Stelle zeigen, wo Sie sich an Kartoffeln und Hering richtig satt essen können“. Ich war ganz erstaunt darüber, daß man sich in Petersburg noch richtig satt essen können sollte, und bei dem Gedanken an die Kartoffeln lief mir das Wasser im Munde zusammen. Punkt 5 Uhr nachmittags erschien er in voller Uniform mit hohen Stiefeln, mit der Pelzmütze mit dem roten Sowjetstern, ein Gewehr am Riemen über der Schulter und den Ledergürtel voll von Patronen. Er nahm mich mit sich, führte mich durch viele Straßen und Gassen und machte endlich vor einem großen Hause halt. Das Gebäude war ganz dunkel, aber unten zwischen unseren Füßen sahen wir durch die Türliche einen schwachen Lichtschein. Wir haben uns vorsichtig um, um festzustellen, daß uns niemand beobachtet; denn huschten wir schnell hinein und fanden uns bald in einem Keller. Beim schwachen Licht einer Lampe sah ich hier rote Soldaten und Bürger an kleinen Tischen sitzen mit großen Schüsseln vor dampfenden Kartoffeln vor sich. Der junge Soldat kannte den Wert dieses Paradieses nach Petersburger Bekannten und bestellte ein Gericht von Kartoffeln und Salzheringen. Wir bekamen auch etwas Tee und Roggenbrot. Als wir zahlten, empfahl mich mein Freund dem Wirt und riet mir, jeden Abend hierher zu kommen, was ich auch tat.“

Die Einwanderung ins heilige Land. Im enallischen Unterhaus wurde dieser Tage eine Stillsitzung verlesen, die Auskunft darüber gibt, aus welchen Ländern die jüdischen Einwanderer stammen, die innerhalb des letzten Jahres nach Palästina kamen. Danach stellt den Prozentanteil Polen mit 33 Proz.; es folgen Rußland mit 15 und die Ukraine mit 11 Proz. 10 Proz. der Einwanderer stammen aus Zentralasien, 5 aus Rumänien, 3 1/2 aus den britischen Gebieten und 8 aus den Vereinigten Staaten. Der Rest von 19 1/2 Proz. verteilt sich auf andere Herkunftsländer.

Schlehdandabnahme. Im Vesting-Theater muß die Neuauflage von „Kohu Gabriel Dorfman“ wegen Erkrankung von Daria Liska verschoben werden. Ansonsten wird Donnerstag „Der Ghent“, Freitag „Flamme“ gegeben. Von Sonnabend bis Montag geht „Faul“ mit Käte Dorch in Szene.

Die Thoma-Ausstellung in der Nationalgalerie wurde am Sonntag, nach dem Einrückungsbescheid von 5 M., von nicht weniger als 2000 Personen besucht.

Künstlerhilfe für das hungernde Rußland. Die in der Rundschau Wilmann am 23. Oktober 13 veranlaßte Aufführung mit Verleihung von Kapiteln usw. ist bis — einschließlich — Sonntag, den 26. verlängert worden.

Die neue Kunstausstellung. Tauschleude. 6. April dem 1. April bis 1. Mai neue graphische Arbeiten von Welfer G. M. D. D. D.

Ein Schulkindmal für E. Th. K. Hoffmann, den romantischen Dichter, soll der Gesellschaft in Königsberg an Hoffmanns Geburtshaus in Königsberg errichtet. Geldspender unter der Aufsicht für das Hoffmann-Gebäude an die Bank für Handel und Industrie, Königsberg 1. B., Königstraße, errichten.

wiederherzustellen. In dieser allgemeinen Unruhe gehen die Ausführungen des Abg. Herz gegen Hermes vollständig verloren.

Nach diesen Vorkäufen wird der Antrag auf Ablehnung des Nachkriegssteuergesetzes angenommen.

Die Novelle zum

Körperschaftsteuergesetz.

(Steuerjahr für die Gewerbesteuern 20 Proz., Steuerbefreiung nur denjenigen Sparkassen, die ihre Geschäfte auf den eigentlichen Sparkassenerwerb beschränken, bei Gewerbesteuern Steuer 15 Proz. der ausgegebenen Gemeinanteile) wird verabschiedet. Weiterberatung Mittwoch 2 Uhr.

Amerikas Kreditbedingungen.

Paris, 21. März. (W.B.) Der „New York Herald“ veröffentlicht den Wortlaut einer Erklärung des Handelsministers Hoover über die bei den Vereinigten Staaten vom Ausland aufgenommenen Anleihen. Der Ausbau der übrigen Welt und ihrer Kaufkraft, heißt es darin, trage nicht zur Wohlfahrt aller Länder bei, sondern erhöhe auch die Tätigkeit der amerikanischen Industrie, der Landwirtschaft und des Handels. Anleihen jedoch, die für militärische Ausgaben oder für ungeordnete Budgets oder auch zur Aufbesserung schlechter Währungen verschwendet würden, bedeuten für die Welt einen doppelten Verlust. Nicht nur tragen sie nichts zur Hebung der gelantenen Produktivität und der Kaufkraft der Welt bei, sie verzögern auch diejenigen Maßnahmen, die für die wirtschaftliche Erholung der Welt unerlässlich seien.

Die Reparationskommission konnte auch gestern vormittag nur eine kurze offizielle Sitzung abhalten, die sich bis 1 1/2 Uhr hinzog. Auch die Beratungen am Nachmittag hatten nur offiziellen Charakter. In den Abendstunden wird wahrscheinlich ein kurzes Kommuniqué herausgegeben werden, falls die Nachmittagsitzung zu einer Einigung geführt hat. Man spricht von schwer zu lösenden Differenzen.

Ueber

Frankreichs Haltung

in der Reparationskommission meldet Esieurope: Die französische Delegation macht ihre Zustimmung zu dem gegenwärtigen Zahlungsplan von der Einführung strenger Garantien und einer wachsamten Kontrolle über die deutschen Finanzen abhängig. Diese Kontrolle soll auf die Einnahmen und Ausgaben Deutschlands, den Reichshaushalt, den Betrieb der Reichseisenbahnen und den Verkehr mit fremden Devisen ausgedehnt werden. Das französische Programm dient in diesen Fragen als Grundlage zur Diskussion. Der erste Teil des französischen Memorandums behandelt die juristische (?) Frage, ob die gegenwärtige Finanzlage Deutschlands die Gewährung eines Moratoriums zulasse. Der zweite Teil ist eine Antwort auf das Memorandum Wirts und die Ausführungen Dr. Rathenau's in Cannes über die deutsche Finanzlage. Der dritte Teil stellt neben einem Zahlungsplan ein Garantie- und Reformprogramm auf. Wenn Deutschland nicht den vollen vorgeesehenen Beitrag in Sachleistungen liefert, so müsse es den Fehlbetrag in bar bezahlen.

Der französische Ministerrat hat die Einbringung eines Gesetzesentwurfs auf Ratifikation des Wiesbadener und des ergänzenden Berliner Abkommens beschlossen. Es wird vorgeesehen, daß die Regierung nach Anhörung eines Beratungsausschusses, in dem namentlich die Hauptbranchen der französischen Produktion, die Geschäftlichen, die Unternehmer und die beteiligten Verwaltungszweige vertreten sind, durch Verordnung Sander-tarife für die Verzollung der deutschen Sachlieferungen festlegt.

Die Londoner Sachverständigenkonferenz hat sich gestern mit Rußland beschäftigt. Angeblich schlägt England vor, daß die Schulden Zarenrußlands, die Rußland anerkennen soll, durch Rußlands russischer Handelsbank bezahlt werden, die für die ersten fünf Jahre keine Zinsen tragen sollen, während Rußland andererseits ein Moratorium von fünf Jahren gewähren muß. Die Japaner nahmen einen tätigeren Anteil als gewöhnlich an den Diskussionen, die sich besonders mit Sibirien befaßten.

Altpreußische Franzosenherrschaft.

Verfolgungsdära in Memel.

Memel, 21. März. (M.B.) Dem Verbot der sozialdemokratischen „Memeler Volksstimme“ ist nunmehr die Ausweisung ihres Redakteurs Artur Stahl gefolgt. Darauf hin ist das Gewerkschaftsamt beim Oberkommissar vorstellig geworden und hat gegen die Maßnahme protestiert. Auf Grund einer Abstimmung, die heute in den Betrieben stattgefunden hat, soll die vom Gewerkschaftsamt gewählte Kommission berechtigt sein, an den Generalrat für den morgigen Tag zu beschließen. Die Pressestelle des Oberkommissariats behauptet, daß die angeordnete Maßnahme keine Provokation der Arbeiterschaft bedeute. Es sei ein Fehler begangen worden, der die besten Folgen gestiftet habe. Der Oberkommissar appelliert an die Vernunft und die Besonnenheit der Arbeiter, damit ein Konflikt vermieden werde.

Dann soll er doch den Fehler wiedergutmachen!

Das Verbot war wegen — Veröffentlichung von Karikaturen Poincarés und französischer Generale, die in einer aus Berlin bezogenen Beilage enthalten waren, erfolgt. Herr Petzold, der im Auftrage des Völkerverbundes das Memelgebiet regiert, ist also nicht für das Niedrighängen, und was französischen Wählern erlaubt ist, daß deutschen Zeitungen nicht gestattet sein.

Die oberschlesischen Aufrührschäden.

Die Vorkassatorkonferenz, geleitet von Poincaré, wendet sich in Verantwortung einer deutschen Note gegen die Forderung, daß der Schadenertrag für die polnischen Aufstände von der Entente und nicht aus den örtlichen Einnahmen zu leisten sei; reichten diese Einnahmen, aus denen die inter-alliierten Verwaltungskosten zu decken sind, nicht aus, so müßte festgesetzt werden, woraus die Entschädigung zu zahlen wäre — aber Verfalltes lege in keiner Weise der Entente eine Zahlungspflicht auf.

Besonders schön ist diese Note auch da, wo sie es ablehnt gegenwärtig zu erörtern, wer für die Unruhen in Oberschlesien verantwortlich sei. Diese Feststellung darf ja nicht getroffen werden, da der Schuldige ja mit zu den inappellablen Richtern über Deutschland gehört!

Entlassung der vertriebenen Deutschen?

Die polnische Regierung ist bereit, einer Entlassung der noch in polnischen Staatsgefangnissen befindlichen deutschen Oberfeldherren im Wege der Gegenseitigkeit zuzustimmen. Verhandlungen darüber sollen demnächst in Warschau geführt werden.

Die Weimiger „Rote Fahne“ ist auf 14 Tagen verboten.

Chinesen-Attentat in Paris.

Paris, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Nacht hat ein chinesischer Student auf das Auto des chinesischen Botschafters Cheng Boh einen Revolver-schuß abgefeuert. Der Botschafter wurde nicht getroffen, dagegen der Direktor der chinesischen Eisenbahnen namens Tchang Hu, der sich in seiner Begleitung befand. Tchang Hu wurde am Kopfe leicht verletzt. Heute vormittag meldete sich der Täter freiwillig bei einem Polizeikommissariat und wurde verhaftet. Er heißt Lam Hu Lung. Bei der Hausdurchsuchung, die in seiner Wohnung vorgenommen wurde, wurden nach den Angaben des Polizeiberichtes zahlreiche bolschewistische Broschüren (?) und ein Bild Lenins gefunden. Der Täter erklärte, er habe seine hier lebenden Landsleute für die schlechte Behandlung, die sie durch den Botschafter erfahren hätten, rächen wollen.

Nach einem W.B.-Telegramm ist der verhaftete Eisenbahndirektor Tchang Hu als chinesischer Delegierter für Genua bestimmt. Nach einem anderen W.B.-Telegramm aus Paris, das allerdings überholt zu sein scheint, soll der Botschafter selbst getroffen worden sein. — Ueber einen ernsthaften Konflikt zwischen den chinesischen Studenten in Paris und ihrem dortigen Botschafter war bereits seit mehreren Wochen in der französischen Presse die Rede, und es hatte auch kürzlich eine Demonstration der chinesischen Studentenschaft vor dem chinesischen Botschaftsgebäude in Paris stattgefunden.

Maßregelung Sinowjews!

Der „Sozialistische Weltteil“, das Berliner Organ der Menschewiki, will erfahren haben, daß das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei Sinowjew von seinem Petersburger Posten abberufen werde, weil er dort der Zentralregierung unbenommen sei. Um den Schein zu wahren, sei die Exekutive der 3. Internationale veranlaßt worden, Sinowjew aufzufordern, er möchte seine gesamten Kräfte der Leitung der 3. Internationale widmen und zu diesem Zwecke nach Moskau überföhren.

Die Sowjetmission erklärt, daß Dr. Klemperer nicht zu Lenin, sondern zu einem wissenschaftlichen Zweck berufen sei. Ueber Lenins Krankheit berichtet der Oxygraph, daß Lenin infolge Ueberarbeit herzkrank sei, eine augenblickliche Gefahr bestehe jedoch nicht.

Die Moskauer Wirtschaftszeitung befürchtet, daß die Zahl der Arbeitslosen in Rußland bald von 600 000 auf eine Million steigen wird.

Wirtschaft

Neue Erhöhung der Kaltpreise.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde der Antrag des Deutschen Kaltpreiskomitees G. m. b. H. auf Erhöhung der Inlandkaltpreise für Kalialzale mit Wirkung vom 22. März 1922 ab um rund 21 Prozent einstimmig angenommen.

Für den Fall, daß bis zum 15. April 1922 die Kohlenpreise, die Kohlenfrachten und die Kohlensteuer oder die eine oder die andere dieser Positionen eine Steigerung erfahren sollten, erhöhen sich vom Tage dieser Steigerung an die vorstehend aufgeführten Kaltpreise in demselben Verhältnis wie sich die Selbstkosten der Kalialzale für den Doppelzentner Reinkali durch die Verteuerung der Kohlenbezugspreise erhöhen, vorbehaltlich der Zustimmung einer aus sechs Mitgliedern des Reichskabinetts zu bildenden Kommission, bestehend aus zwei Vertretern der Kalierzüger, zwei Vertretern der Kaliverbraucher und zwei Vertretern der Arbeitnehmer, sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Reichswirtschaftsministers.

Weitere Preiserhöhungen aus demselben Anlaß bedürfen der Zustimmung des Reichskabinetts.

Die bisherige Entwicklung der Kaltpreise geht aus nachstehender Tabelle hervor:

	Dünnsalz mit Bleisalz 88-42% Reinkali je kg Reinkali	Bleisalz von 1914	Edelkalkium 60% Reinkali je kg Reinkali	Bleisalz von 1914
1914	15,5 Pf.	—	27,0 Pf.	—
1. 8. 1919	67,0	4,8	79,0	2,9
3. 12. 1919	97,0	6,8	116,0	4,8
21. 4. 1921	150,5	9,7	172,5	6,4
1. 8. 1921	205,5	13,5	238,0	8,7
7. 12. 1921	370,0	23,8	418,0	15,8
20. 2. 1922	426,0	27,5	475,0	17,8

Auf die letztgenannten Preise erfolgt jetzt der Aufschlag von rund 21 Proz., so daß Dünnsalze rund 33, Bleisalze etwa 21mal soviel kosten wie vor dem Kriege.

Daraus ergibt sich, daß die Kaltpreise längst nicht in dem gleichen Tempo gestiegen sind wie die Preise der Agrarprodukte, die fast überall das 30- bis 40fache des Vorkriegspreises kosten. Der Hinweis der Landwirtschaft auf die hohen Düngerpreise zur Begründung ihrer Hungerpreispolitik ist also unzutreffend und darum überflüssig.

Wiewohl bleibt die Forderung nach niedrigen Preisen für künstliche Düngemittel zu Recht bestehen — allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie nicht nur den Landwirten, sondern auch den Verbrauchern zugute kommen. Dadurch, daß die Landwirtschaft jede Preisbindung — ganz gleichgültig, ob sie durch Behörden oder durch freie Vereinbarung mit den Verbraucherorganisationen erfolgen soll — bekämpft und ohne Rücksicht dem Phantom der Wulstapresse nachjagt, wird eine vernünftige Regelung außerordentlich erschwert. Ein „Hilfs“werk wird das geplante Produktionsprogramm der Landwirtschaft für das Volk erst dann sein, wenn es ermöglicht, die Lebenshaltung des Volkes zu verbessern, also die landwirtschaftlichen Produkte zu einem mäßigen Preise an die Verbraucher zu bringen. Davon sind wir noch herzlich weit entfernt. —

Angesichts der Konzentrationstendenzen und Erfolge auf diesem Gebiete, die weit Teile der Kalialindustrie zu gemeinsamer Wahrnehmung ihrer Interessen und einheitlicher Produktionspolitik zusammengeschweißt haben, wäre es für die Arbeiterschaft von lebhaftem Interesse zu erfahren, ob und inwiefern diese Zusammenfassung zu einem Preisabbau führt. Der Reichskabinettsrat, besonders die in ihm vertretenen Arbeiter und Verbraucher, sind dazu berufen, hierüber Erhebungen anzustellen, und es ist vom Standpunkt der Allgemeinheit aus unbedingt wünschenswert, daß das auch geschieht. Vorläufig scheint nämlich ein solcher Preisabbau in weitem Maße zu liegen. Denn gerade in dem Zeitpunkt, wo die Konzentration in der Kalialindustrie erneut fortgeschritten ist, wird eine Art mechanische Kohlenklausel eingeführt, wie z. B. in der Eisenindustrie seit langem üblich ist. Die Steigerung der Kohlenpreise und Tarife soll nach der amtlichen Mitteilung des Reichskabinetts auch die Kaltpreise ohne weiteres erhöhen. Zu fordern wäre aber, daß bei neuen der Geldwertverwertung folgenden Preiserhöhungen, die Umstellung, die sich in den Produktionsbedingungen der Kalialindustrie neuerdings vollzogen, berücksichtigt wird, damit nicht nur die Kalkulations- und Augenbesitzer die gültigen Erben des Besitzwechsels im Kalibergbau und des Gewinnspiels mit den Bodenschätzen sind.

Gewerkschaftsbewegung

Kampf im englischen Schiffbau.

Da die Arbeitnehmer sich eine weitere, ihnen zum 29. März angeordnete Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollen, drohen die Unternehmer mit einer Aussperrung der Werftarbeiter, von der nicht weniger als 300 000 Arbeiter betroffen würden.

Der Generalrat der Trade-Unions trat vorgestern zusammen, um zu den Forderungen der Arbeitgeber und zur Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der Trade-Unions Stellung zu nehmen. Der Kongress soll die ausgesperrten organisieren und über ein geschlossenes Vorgehen beraten. Nach der Tagung des Generalrates wird eine gemeinsame Konferenz des Generalrates der Labour-Party und der Trade-Unions vorbereitet. Es ist möglich, doch ein allgemeiner Ausstand für alle Branchen ins Auge gefasst wird. Die Führer der Labour-Party bemühen sich, eine Vermittlung herbeizuführen. Namens derselben brachte Keynes die Angelegenheit im Parlament zur Sprache. Die Frage der Ueberstunden sei für die Unternehmer nur ein Vorwand für ihre Angriffe. Die Regierung habe Gelegenheit, dem Konflikt ein Ende zu machen. Die Arbeiter hätten fortgesetzte Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens gemacht. Die Unternehmer hätten ihre verständlichen Vorschläge jedoch brüsk zurückgewiesen und die Urabstimmung in 47 Organisationen verlangt. Die Regierung könne intervenieren und habe dabei nichts anderes zu tun, als das Gesetz in Anwendung zu bringen. Für die Regierung erklärte Mac Kama-ra, da die Urabstimmung stattfinden müsse, sei es für die Regierung schwer, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Erst der Ausgang der Urabstimmung werde erweisen, ob deren Einsetzung notwendig sei.

Werkeistertarif in der Zigarettenindustrie.

Der bisherige Tarifvertrag mit den Berliner Zigarettenfabrikanten wurde von den Arbeitgebern zum 31. Dezember v. J. gekündigt mit dem ausdrücklichen Bemerkens, zwecks Abschluß eines neuen Vertrages an die Vertragsparteien mit neuen Vorschlägen heranzutreten. Letzteres ist indes nicht geschehen. Durch das geschaffene Lohnkartell in der Zigarettenindustrie wurde ein Tarifvertrag zur Verhandlung gestellt, welcher indes nicht zum Abschluß gelangte, da die Arbeitgeber gemeinsame Verhandlungen mit dem Lohnkartell ablehnten.

Infolge der ergebnislosen Verhandlungen sind die Angestellten nunmehr seit einem Vierteljahr tariflos und ohne eine Gehaltsaufbesserung.

Eine vom Deutschen Werkeisterverband beim Schlichtungsausschuß beantragte Tarifverhandlung fand wiederum gemeinsam mit dem Lohnkartell statt. Die Verhandlungen führten gleichfalls zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber an ihrem Standpunkt festhielten. Der Schlichtungsausschuß lehnte einen Schiedspruch, gegen den Willen der Arbeitgeber mit dem Kartell zu verhandeln, ab und empfahl den Vertragsparteien, in direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Der Arbeitgeberverband erklärte sich hierzu bereit.

Zur Stellungnahme über das weitere Vorgehen des Deutschen Werkeisterverbandes findet die am Schluß des gewerkschaftlichen Teils angezeigte Versammlung statt.

Löhne bei der Heilsarmee.

Die Heilsarmee hat sich durch ihr Viebeswerk auch die Anerkennung mancher früheren Spötters erworben. Will sie aber ihren guten Ruf nicht wieder zerstören, dann muß sie unverzüglich daran gehen, die Löhne ihrer Arbeiter im Hauptquartiersgebäude, Dresdener Str. 14/15, um etwa 100 Proz. aufzubessern. Die dort beschäftigten vier Arbeiter bekommen wöchentlich von 300 M. Für Sonntagsarbeit werden 50 M. extra bezahlt. Ein Heizer bekommt allerdings 500 M., dafür muß er aber zwei Heizungen bedienen. Der Mann hat neun Kinder zu ernähren. Freie Wohnung hat einzig der zweite Heizer, dessen Frau sieben Aufgänge zu reinigen hat, wofür sie mit 100 M. monatlich (!) entschädigt wird. Was soll der arme Teufel machen, wenn demnächst seine Frau mit dem zweiten Kinde niederkommt?

Die Heilsarmee sollte betennen, daß solche Löhne, zumal für Arbeiter, die bis zu 21 Jahren im gleichen Hause beschäftigt sind, heute durchaus unzureichend sind. Als bibelbeste Beute werden sie erweisen, was wir meinen, wenn wir sie an das Buch Jesus Strach erinnern. Das Gebäude wird allerdings von der Teufelhandgesellschaft Rodolph, Dorotheenstr. 49, verwaltet. Wie uns aber versichert wird, zahlt die Heilsarmee ihre Arbeiter selbst aus; sie ist über die „Höhe“ der Löhne unterrichtet und kann über deren Unzulänglichkeit angesichts der furchtbaren Teuerung nicht im Zweifel sein.

Es sollte uns freuen, wenn wir der Öffentlichkeit recht bald von einer zeitgemäßen Lohnaufbesserung der vier Arbeiter Mitteilung machen könnten.

Schiedspruch im Versicherungsgewerbe.

Die Angestellten im Versicherungsgewerbe hatten eine Teuerungszulage für das laufende Quartal gefordert. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften lehnte die Forderung ab, da bei den Verhandlungen im Dezember vorigen Jahres die herrschende Teuerung bereits berücksichtigt worden sei. Die Angestelltenverbände riefen insfolgedessen den Schlichtungsausschuß an, und bei den Verhandlungen erklärte sich der Arbeitgeberverband bereit, über die geforderte Zulage zu verhandeln, wenn das Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium zu dem Streikfall Stellung nehmen würde. Am Dienstag trat das Schiedsgericht im Ministerium zusammen und fällte nach längerer Beratung folgenden Spruch: „Der Schlichtungsausschuß stellt fest, daß die Voraussetzungen zu Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien des Reichsarbeitsvertrags für das Versicherungsgewerbe für das Jahr 1922 auf Grund des § 15 Ziffer 3 Abs. 2 Satz 2 dieses Vertrags gegeben sind. Es wird anerkannt, daß ein Ausnahmefall auf Grund unvorhergesehener dringlicher Umstände im Sinne der Bestimmung vom 1. März 1922 vorliegt. Die Vertragsparteien haben sich über die Annahme dieses Schiedspruchs bis zum 22. März 1922 mittags 12 Uhr zu erklären.“

„Der Gulden lockt!“

Unter dieser Aufschrift stehen die Unternehmer im Kachener Steinkohlenbergbau längst ein Klageged über verbreitet, daß ihre Betriebe unter der Abwanderung gelernter Arbeiter nach Holland außerordentlich zu leiden hätten. Bei der Grube Lauweg-Vorort sei die Zahl der Arbeiter von 1906 auf 1105 zurückgegangen. Die Zahl der in der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiter habe sich um 50 Proz. vermindert. „Die Familien der Abgewanderten bleiben in Deutschland wohnen, so daß es den Gruben des Kachener Bezirks nicht möglich ist, neue Kräfte heranzuziehen. Es steht zu erwarten, daß die Abwanderung einen noch größeren Umfang annehmen wird, und in Anbetracht der enormen Schädlung, die das deutsche Wirtschaftsleben durch die Abwanderung erfährt, sind von der Regierung energische Maßnahmen gefordert worden.“

Die Regierung, die nichts dagegen tun kann, daß die patriotischen Unternehmer — weil der Gulden lockt — ihre Warenpreise im Ausland stehen lassen, sie soll nur den bedrängten Unternehmern helfen, die Arbeiter wieder zu den Fleischhauern der Unternehmer im Kachener Revier zurückzubringen. Nicht nur, weil der Gulden lockt, sondern weil die Löhne der Unternehmer dazu zwingen, suchen die Arbeiter nach einem besseren Verdienst. Die Unternehmer sollten sich schwer hüten, den Arbeitern vorzumurfen, daß diese der Gulden locke. Den Arbeitern muß nur recht sein, was den Unternehmern selbstverständlich erscheint. Wie die Kachener Bergwerksunternehmer mit ihren Angestellten umgesprungen sind, steht wohl noch in zu frischer Erinnerung, als daß ihr Klageged Eindruck machen könnte.

Streik in der Hamburger Herrenkonfektion.

Nach Ablehnung der stillen Verhandlungen wegen Lohn-erhöhung durch die Arbeitgeber haben die in der Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in sämtlichen Betrieben einschließlich der Nebenbranche die Arbeit eingestellt.

Für die in der Stuhl- und Glasperbranche Beschäftigten wurde am 18. März vom Schlichtungsausschuß folgender Schiedspruch gefällt: Der Stundenlohn beträgt für die Zeit vom 1. März bis 30. April 1922 für Bildbauer (Rindfleisch) 10,40 M., für Stuklatoren, Koksache, Raby- und Jemenbratpinger, sowie Plattenleger 10,40 M., für Hilfsarbeiter 10,70 M. Die Werkzeugaufschädigung wird von 10 Pf. auf 15 Pf. pro Stunde erhöht. Der Wochenlohn für die Lehrlinge beträgt in der eben genannten Zeit im ersten Jahre 100 M., im zweiten Jahre 160 M., im dritten Jahre 225 M. Dieser Schiedspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die Lohnsätze gelten demnach rückwirkend ab 1. März. Die Differenz zwischen diesen und den bisherigen Löhnen erhalten die Kollegen bei der nächsten Lohnung nachgezahlt.

Zum Streik in der Ostpreussischen Metallindustrie. Der Deutsche Metallarbeiterverband erucht dringend, Zugang nach Königsberg und Ostpreußen fernzuhalten und macht darauf aufmerksam, daß versucht wird, in Berlin Arbeitskräfte aller Berufe nach dort hin anzuwerben, die als Streikbrecher Verwendung finden sollen.

Die Gehaltsforderungen im Einzelhandel. Heute Abend wird das Schiedsgericht für die Angestellten im Einzelhandel Berlins zusammentreten, um zu den Forderungen der Angestellten Stellung zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit soll auch über die Frage des sechs-Uhr-Laden-

schlusses verhandelt werden, der von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt wird. Weiter wird über die Forderung der Angestellten bezüglich des Mitbestimmungsrechts bei Neueinstellungen, Kündigungen und Entlassungen gesprochen werden.

Tarifverhandlungen im Zeitungsgewerbe, die gestern zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes für das Berliner Zeitungsgewerbe und den Vertretern der Angestelltenorganisationen stattfanden, verliefen ergebnislos. Die Arbeitgeber lehnen die Forderungen der Angestellten als zu hoch an und wollen von sich aus den Schlichtungsausschuß um eine Entscheidung ersuchen.

Nischenstreik in der rheinischen Eisenindustrie. Seit Sonnabend streiken in der Eisenindustrie in Mendorf und Sann 18 000 Arbeiter, weil ihre Forderungen auf Erhöhung der Grundlöhne nicht bewilligt wurden. Die Gas- und Hochofenarbeiter streikten vorgestern auf Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission in die Betriebe zurück, um die Gasversorgung von Koblenz zu sichern. Im Bezirk Neuwied sind Sympathiestreiks ausgebrochen. Vorgestern morgen fanden unter freiem Himmel Massenversammlungen statt.

Eingreifen der Technischen Kothilfe in Nürnberg. Nach Mitteilung der Kreisleitung der Führer Technischer Kothilfe ist gestern die Technische Kothilfe in Tätigkeit getreten, nachdem infolge des Metallarbeiterstreiks in den Siemens-Schubert-Werken eine Stauung unentladener Eisenbahnwaggons im großen Umfang sowohl in den Einzelbetrieben der Firma, wie auch auf dem Rangierbahnhof eingetreten ist.

Deutscher Bauarbeiterverband, Wohnung, Neubauspreise! Die im „Mitteilungsblatt“ zu heute erscheinende Verankerung der Betriebsämter für das Bauwesen und die Holzindustrie findet nicht statt. Deutscher Bauarbeiterverband, Bauwesen, Neubauspreise! Die im „Mitteilungsblatt“ zu heute erscheinende Verankerung der Betriebsämter für das Bauwesen und die Holzindustrie findet nicht statt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Wohnung, Neubauspreise! Die im „Mitteilungsblatt“ zu heute erscheinende Verankerung der Betriebsämter für das Bauwesen und die Holzindustrie findet nicht statt. Deutscher Bauarbeiterverband, Bauwesen, Neubauspreise! Die im „Mitteilungsblatt“ zu heute erscheinende Verankerung der Betriebsämter für das Bauwesen und die Holzindustrie findet nicht statt.

(Siehe auch den Anzeigensteil.)

Aus der Partei.

Einführung in das Marx-Studium.

Obgleich Marx erst jüngst auf der Tagung der Vereinigung deutscher Arbeiterverbände durch den Wiener Professor Dührer Spanns endgültig „vernichtet“ worden ist, wird seine volkswirtschaftliche Lehre doch noch weit über unser Zeitalter hinaus ihre Lückenlosigkeit erweisen, die Spanns und seine Hörer so leichtfertig beklagen.

Es ist deshalb gerade in unserer, durch eine verwirrende Fülle von äußeren Einbrüchen zerrissenen Zeit besonders nötig, daß die nationalökonomischen Grundbegriffe der Sozialdemokratie wieder eifriger studiert werden, als das bisher vielfach der Fall gewesen ist. Eine sehr brauchbare volkstümliche Einführung in das Studium der Marx'schen Schriften gibt solchen Genossen Paul Kampffmeyer im Bacter Verlag der Buchhandlung Bornhörs heraus. Die Schrift stellt eine durchgesehene und sehr wesentlich verbesserte Neuauflage der früher in der „Berliner Arbeiterbibliothek“ erschienenen Abhandlung von Paul Fischer „Die Marx'sche Werttheorie“ dar. So vollständig diese Schrift bei aller theoretischen Klarheit war, so ist sie doch seit längerer Zeit vergriffen und wäre auch ohnehin in vielen Partien veraltet gewesen. Kampffmeyer beschränkt sich nicht darauf, diese Schrift über die „Marx'sche Werttheorie“ aufzufrischen und zu ergänzen, sondern hat sie mit einer selbständigen Betrachtung über „Marx als Soziologe und Historiker“ sehr erfreulich erweitert. Das Büchlein ist jedem zu empfehlen, der gewissermaßen die Grundlagen zu einem eingehenden Verständnis der Marx'schen Theorie sich beschaffen will. Besonders sollten unsere jungen Freunde die sie sich vornehmen und so den Grundstein legen zu einem umfassenderen Wissen über Wirtschaft und Kapitalismus, als die Beschäftigung mit Tagesfragen allein es ihnen verschaffen kann.

Vertrieb für den rechteil. Teil: Franz Hilde, Berlin-Wilmersdorf; für den linken: Th. Glöck, Berlin. Verlag Bornhörs, Berlin O. u. N. D. Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Bureau 1. Berlin.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Leitung des Reichsverbandes
Alex. Braese
Schöneberg, Köpenicker-Str. 27, am 14. d. M. gestorben ist
Chre seinen Anekdoten!
Die Einlieferung findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gieselerstraße 115/5
Negerbeteiligung erwirkt
Die Ortsverwaltung

Bilanx am 30. September 1921.

Aktiva.	
Wareneinsatz	120.265
Umsatz	2
Gas- u. Stromkosten	245
Werkstoffe	430
Warenbestand	1
Umsatz	606
Rückstellungen	183,69
Pa.	14329,54
Passiva.	
Geschäftsanteile	1496
Reserven	2979
Darlehenslohn	1300
Aufgaben Otto Korn	6000
Gewinn	485,54
Pa.	14329,54

Allg. Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde.
Koonstr. 13
Som 1. April 1922 ab ist die Kasse merklich von 9 bis 1 Uhr geöffnet.
Der Vorstand
Gustav Lillak, Berl.

Der Genossenschaft gehörten an am 1. Oktober 1920 141 Genossen mit 153 weiteren Anteilen. Es ist kein Genosse eingetreten. Es traten 3 Genossen mit 14 weiteren Anteilen aus. Mitglied wurden am 30. September 1921 133 Genossen mit 154 weiteren Anteilen. Das Geschäftsergebn betrug am 1. Oktob. 1920 1543,- M., es hat sich vermindert um 80 M. und beträgt 1396,- M. Die Passiva betragen am 1. Oktober 1921 1041/18 Bäckereigenossenschaft „Voiksbrot“
Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.
Buchen. Reinf. Otto Korn

Zinn
Gold-, Silber-Bruch,
Quecksilber,
Blei, Kupfer, Platin
u. s. w.
auch zum Anfertigen
Schmuck, Säge etc. etc.
an schiffen Bekleid.

Pelz-Haus
asuco
Leipzig Str. 53
Zahlungsverkehr

GEORG JASMATZI & SOHNE DRESDEN A 10
Sonne
JUTTE
HÄNSOM BAROCK DOMÄNE
Die hochwertigsten aromatischen Zigaretten
Jede unserer Packungen trägt das Bild unseres Gründers, Seniors JASMATZI, des Bahnbrüchlers der deutschen Zigaretten-Industrie.
Dieses Zeichen bürgt für **Qualitäten in höchster Vollendung**

Kriegsanleihe wird zu 84% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.
Jetzt noch billig!!!
Eile geboten! Preise steigen!
Jetzt noch:
Echte Pelz - Astrachanmäntel mit hellen Besätzen, echte Felle 7500.-
Seal - Electric - Pelzmäntel mit Abreize-Kragen und Stulpen 9875.-
Tuchartige Mäntel .. 345.- + Covercoatmäntel .. 485.-
Kunstseidene Jumper 525.- Wollene Jumper 185.-
Imprä. Seidenmäntel 860.- Gummimäntel 775.-
Modell-Kostüme 1800.- Kostüme a. Futter 241.- 470.-
Winter-Elster .. 165.- 350.- Astrachanmäntel 975.-
Lodenmäntel 275.- + Loden-Kostüme 550.- + Röcke 125.- 241.-
Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, 2. Geschäft: Berlin NO 18,
Mohrenstraße 37a Gr. Frankfurter Str. 115
Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Bin.-Trepow, Bouchestr. 17
Herrt Stoffe für Damen und Herren zu
Fabrikpreisen. 20% Garbe Einsicht in den
modernsten Farben für Wang und Paletten
Spezialarzt Dr. Feldmann
Behand. innerl. erkrankl. mäßig schmerzlos u.
ohne Verabreichung. Gefäßkrankheiten
sch. Haut, Darm, Frauenleiden, Schwäche.
Erst Methoden Bern- u. Winterkurgung
Königsstr. 34-36, 10-1, 1-1/2, 1-1/2, 1-1/2

Antragskehrhaus im Rathaus.

Die in der Stadivorderordnetenversammlung zur Nebe gewählte Verschleppung wichtiger Angelegenheiten wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Tagesordnung für die gestrige Sitzung infolge zahlreicher Resse bereits auf 110 Punkte angeschwollen war. Diesmal wurde eine tüchtige Portion von Anträgen und Anfragen, deren älteste schon vor vier Monaten als dringlich eingereicht waren, endlich erledigt. Längere und zum Teil erregte Auseinandersetzungen gab es besonders bei zwei Anträgen. Einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Gültigkeitserklärung der vom Magistrat für ungültig erklärten Brotkarten mit den Reklamen der Konsumgenossenschaft forderte, bekämpften in ihrem Hah gegen die Konsumgenossenschaft die Parteien der Rechten, aber sie konnten die Annahme nicht verhindern. Bei einem die Kirchensteuererhebung betreffenden Antrag der Kommunisten versuchte ein zur Deutschen Volkspartei gehörender Pfarrer, die im „Vorwärts“ gebrandmarkt Pfändung einer gar nicht kirchensteuerpflichtigen Arbeiterin zu beschönigen. Der Antrag forderte nicht eine Abänderung der Gesetzgebung, sondern einen Widerstand des Magistrats gegen die ihm durch Gesetz auferlegte Pflicht der Kirchensteuererhebung. Diesem aussichtslosen Unfink mußte die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterstützung versagen.

Eine Anfrage der Demokraten, die die Ende Januar erfolgte Schließung einiger Schulen wegen Kohlenmangels zum Gegenstand hat, wird vom Stadibaurat Horten beantwortet. Aus der Antwort des Stadibaurats Bösch auf die Anfrage der U. Soz. wegen der in hygienischer Beziehung unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der

Müllabfuhr

geht hervor, daß der Einsatz der „Technischen Kohlsäse“ vom Polizeipräsidenten, nicht vom Magistrat verfügt worden ist.

Die Anfrage der Dnals. betr. den Stadtrat Christ in Berlin-Witte wird von Koch (Dnals.) zurückgezogen, da Herr Christ sein Amt niedergelegt habe, nachdem er inzwischen noch zweijähriger Arbeitslosigkeit erhaltem habe.

In Sachen des Fragebogens der Sitzzentrale der Stadt Berlin betr. die Konten der Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände gibt der Kammerer auf die Anfrage der Komm. die Erklärung ab, daß es sich lediglich um finanzielle Erwägungen gehandelt habe, daß von irgend einem politischen Charakter der Frage keine Rede sei. In der Besprechung wird demgegenüber von Schumacher (Komm.) auf die Fassung des Wortlauts der Verfügung hingewiesen, die dem Verdacht Raum lasse, daß es sich um eine Beschlagnahme der von den Gewerkschaften angelegten Gelder gehandelt werden könnte. Kammerer Karding ersucht nochmals, die Sparkasse aus dem Spiel zu lassen und mit unbegründeten Angriffen zu versehen, sie nicht zum Schauplatz politischer Streitereien zu machen. — Reimann (U. Soz.) will der Sparkassenverwaltung nicht das Vertrauen entziehen, für die Zukunft müßten aber solche Fehler vermieden werden. — Löwen (Soz.) stellt fest, daß erst die KPD. aus dieser Angelegenheit eine Haupt- und Staatsaktion gemacht und sich damit blamiert hat.

Am 21. November 1921 haben die Kommunisten und die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der den Hungerstreik in Lichterburg betrifft und sofortige Freilassung und Amnestie der politischen Gefangenen verlangt. Nach der Begründung durch Leopold (Komm.) beantragt v. Ennern (D. Sp.) Uebergang zur Tagesordnung, da die Angelegenheit schon lange Monate zurückliegt und den Rahmen der Kompetenz der Versammlung überschreite. Mit 87 gegen 75 Stimmen wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. (Witzuruf auf der äußersten Linken und auf der Tribüne.)

Ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten dahier vom 22. November 1921; Heimann u. Gen. (Soz.) fordern Aufhebung des Magistratsbeschlusses auf Ungültigerklärung der

Brotkarten mit Anzeigen der Konsumgenossenschaft.

Krondt (Soz.) rügt, daß der Magistrat vor den Bäckernmeister zurückgewichen sei. Stadtrat Richter führt

aus, daß der Magistrat der „berechtigten“ Erregung der Bäckereimeisterschaft Folge geben mußte. In der anschließenden Aussprache bemerkt Müller (U. Soz.), daß in dem Verhalten des Magistrats nur eine Verbeugung vor den Bäckereimeistern zu erblicken sei. Grüner (Bäckereimeister, Wirtschaftspartei) erklärt, „im Namen von 4000 Berliner Bäckereimeistern“ eine solche Reklame für „das eine Lichtberger Geschäft“ für völlig unstatthaft. Schließlich wird der Antrag mit 84 gegen 83 Stimmen angenommen.

Eine sehr lebhafte und teilweise erregte Aussprache rüst sodann der Antrag Gabel (Komm.) vom 23. November 1921 hervor, der den Magistrat veranlassen will, dafür zu sorgen, daß künftig keinerlei städtische Behörden zur

Eintreibung von Kirchensteuern

benutzt werden. In der Aussprache beteiligten sich nach dem Antragsteller Dr. Rosenberg, Hauptsteuerdirektor Lange, Pfarrer Kröpelin (D. Sp.), Binte (Soz.), der vom Magistrat fordert, darauf hinzuwirken, daß die Gesetzgebung geändert wird, Dr. Köhly (U. Soz.) und Rube (Dnals Sp.), dessen Ausführungen auf der Linken stürmischem Widerspruch begegnen. Der Antrag fällt gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen. Die Vorlage wegen Unterstützung noleidender Kleinrentner wird angenommen.

Die Vorlagen über die Schiedsprüche wegen der Arbeiterlöhne und über die Erhöhung der Werttarife werden ohne Debatte zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Aus der sozialdemokratischen Stadivorderordnetenfraktion. Genosse Herrmann hat weil er Bezirksstadtrat ist, sein Stadivorderordnetenmandat niedergelegt. Für ihn ist Genosse Kasper in die Stadivorderordnetenversammlung eingetreten.

Vom Verkaufen.

„Kaufen ist leicht, verkaufen schwer“ — wenigstens soweit es sich nicht um Gegenstände handelt, die zur Befriedigung der Lebensnotwendigkeit dienen. Einen Sack Kartoffeln wird man reichend los und die Preisbestimmung hängt nur vom eigenen Gewissen ab. Aber handelt es sich um einen Schmudgegenstand, um ein Buch, eine wertvolle Nase usw., so liegt die Sache anders.

Die Zahl der Käufer ist beschränkt, wenn man von dem Wege des Inserierens absteht, der wohl manchen zahlungsfähigen Kaufwilligen, aber auch manche dunkle Existenz herbeiführt, die im Trüben fischen möchte. Man ist also geist auf die einschlägigen Geschäfte angewiesen, die mit dem Einkauf und Wiederverkauf von Kostbarkeiten und Karitäten sich abgeben. Da stellt sich nun stets die Frage ein: „Welchen Preis fordern Sie?“ Bei der Umwertung aller Werte eine knifflige Sache, denn die Marktlage, die Valuta und noch manches andere spricht mit. Vor allem die Mode. Was Du vor 10 oder 20 Jahren verhältnismäßig teuer erworben hast, hat heute geringeren Wert, als vielleicht ein Stück, das seinerzeit nur wenig gekostet hat, aber seitdem von Sammlern begehrt wird. So schwankt man meist hilflos hin und her; man möchte nicht zuviel fordern, um nicht gleich abgewiesen zu werden, man möchte aber auch nicht als „der Dumme“ dastehen, der den Wert seines Eigentums nicht kennt. Diesfach kann man beobachten, daß die Leute, die verkaufen wollen oder gar müssen, einen übertrieben hohen Preis fordern, um dann ihre Hoffnung auf Absatz vernichtet zu sehen. Wer 10 000 M. fordert, wird bei dem sachverständigen Käufer ein Köpfschütteln erzielen, wenn der Gegenstand nur 1000 oder 2000 M. wert ist.

Man könnte nun sagen, bittet doch den Käufer, seinerseits ein Angebot zu machen. Aber das wird stets abgelehnt, von den respektabelsten Firmen wie von den kleinen Schachern. Ein Ausweg ist verschiedentlich angebahnt worden: man hat Beratungsstellen eingerichtet, die ein Urteil abgeben und die, da sie trifft mit Museen u. dgl. Instituten in Verbindung stehen, zugleich darauf acht geben können, daß künstlerisch Eigenartiges für die Allgemeinheit gesichert werde. Ob dieser Weg aber allgemein gangbar ist? Mancher scheut sich, seine Notlage anderen zu offenbaren, und nach Not sieht es doch immer aus, wenn jemand aus seinem Besitz Gegenstände veräußert.

Ein anderer Weg ist mit der Bestellung von Taxatoren gegeben, wie solches z. B. für Juwelen in Berlin der Fall ist. Wenn einer solchen Amtsperson etwas zur Schätzung unterbreitet wird, liegt nicht immer der Gedanke auf der Hand, daß ein Verkauf beabsichtigt ist. Erbschaftsangelegenheiten, Vermögensfeststellung u. a. können in Frage kommen. Den Ausson dieser Stellen, von denen das große Publikum im allgemeinen nichts weiß, sollten sich die Käuferkreise angelegen sein lassen — sie würden dann am ersten dem Verdacht entgehen, daß sie Notlage und Unkenntnis des Anbietenden ausnutzen. Der ganz freie Verkehr hat selbst auf dem besten Trödelmarkt seine Bedenken.

Besser als ihr Ruf . . .

Rechtfertigung der Neuföllner Wohnungsamtbeamten.

Ende vorigen Jahres gingen aufsehenerregende Artikel durch die gesamte Presse, in denen behauptet wurde, in einem Wohnort-Prozess habe die Beweisaufnahme „ein erschreckendes Bild über die Zustände beim Neuföllner Wohnungsamt“ ergeben, und es sei festgestellt, daß Rechercheure sich mit 100—3000 M. haben bestechen lassen. Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis als vollkommen gelungen angesehen und deshalb die wegen Beleidigung Angeklagte freigesprochen. Im Bezirksamt Neufölln hatte infolge eines Dringlichkeitsantrages der kommunistischen Fraktion Stadtrat Treffer als Vertreter des Wohnungsamtes seinezeit erklärt, der Sachverhalt sei verdreht und nicht objektiv dargestellt, und es würde Verungung eingelegt werden. In der Verhandlung vor dem Landgericht II legte der Vertreter des Mieterverbandes das gesamte Material, das er in den letzten Monaten gesammelt hatte, vor. Es wurde aber durch eine Menge von Zeugen nachgewiesen, daß zwar mehrmals Versuche gemacht worden sind, Rechercheure mit höheren Geldbeträgen zu bestechen, daß aber diese Versuche in seinem einzigen Falle gelungen sind. Das Gericht stellte am Schluß fest, daß nicht einmal der Schatten eines Beweises erbracht sei für die Behauptung, die Beamten des Neuföllner Wohnungsamtes seien bestechlich. Es sei im Gegenteil nachgewiesen, daß die Beamten allen Versuchungen widerstanden und die angebotenen Geschenke und Versprechungen in anerkannter Weise zurückgewiesen hätten. Die Angeklagte wurde deshalb zu 300 M. Geldstrafe ev. Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Fall sollte all denen, die leichtfertig Behauptungen in die Welt setzen, die sie nicht beweisen können, zur Warnung dienen.

Aus dunklen Tagen.

1 1/2 Jahre Zuchthaus wegen Totschlags.

Der Prozess gegen die früheren Reichswehrsoldaten, den Schlosser Adalbert Krondt und den Stud. Ing. Arthur Schneider wegen der Erschießung zweier Händler im März 1919 wurde gestern zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung unter Verletzung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte je 1 1/2 Jahre Zuchthaus und gegen Krondt noch wegen unbefugter Minnahme eines Revolvers 1 Woche Gefängnis.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Weigert das Urteil dahin: Bei der Abmessung des nach dem Wahrspruch der Geschworenen zu fällenden Urteils ist berücksichtigt worden, daß die Angeklagten noch jugendlichen Alters sind und durch die Verletzung mildernder Umstände schon schwer betroffen werden. Das Gericht steht nicht an zu erklären, daß die nach dem Spruch der Geschworenen feststehende Tat der Angeklagten die schärfste Verurteilung verdient, nicht nur, daß bei der Tat die einfache Lust an Roheit die Triebfeder gewesen ist, sondern auch wegen der Bestialität, die die Ehrfurcht vor dem Tode hat völlig vermissen lassen, indem man die Erschossenen zunächst auf einen Müllhaufen geworfen und die Leichen dann später auf der Fahrt im Bestauto einfach an beliebiger Stelle abgeworfen hat. Sobald die beiden Opfer nach Zurücklegung des weiten Weges vom Eden-Hotel in dem Gefängnis in der Lehrter Straße eingeliefert waren, kann man sich nichts Abscheulichereres denken, als daß sie nach dem Dreschkommando: „Raus, sie sind da“ aufs ärgste mißhandelt wurden. Die Erregung der damaligen Tage rechtfertigt in keiner Weise diese verabscheuenswerte Handlung. Der Gerichtshof hat auf eine Gefängnisstrafe von je 1 1/2 Jahren Zuchthaus erkannt, es aber abgelehnt, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Vojer.

Doch nun war ihm der Weg zum Amtmann versperrt. Jetzt mußte er es schon so weitergehen lassen. Und jedesmal, wenn er danach von neuem die bittere Unwahrheit gesagt hatte, fühlte er den Zwang, es immer noch einmal zu sagen, um Zusammenhang hineinzubekommen. Aber immer stand er dann da und blickte der gefährlichen Lüge nach, die von seiner eigenen Zunge aus sich verzweigte, in der Gemeinde umging, jeden Tag wuchs, wie ein Gespenst, das sich eines Tages gegen ihn selber richten würde. Und doch mußte er dem Gespenst zu weiterem Wachstum verhelfen, er durfte nicht wanken, keine Furcht zeigen — gleichwie ein Tierbändiger, der der Bestie nicht den Rücken wenden darf, eine andere Möglichkeit gab es jetzt nicht.

In den dunklen, schneeschweren Wintertagen stapfte der Alte auf dem Hofe umher, verschwand in einer Scheunentür, kam aus einer anderen wieder heraus, nörgelte hier und da und bildete sich ein, etwas zu tun und tat doch gar nichts. Wußte er sich unbeobachtet, dann konnte er stehen bleiben und auf seine Stiefel starren. Dann schüttelte er den Kopf: „Wenn nur dieser Herkules nicht wäre . . .“

Aber der sah dort oben wie ein Troll, der den Kopf zum Himmel streckt. Und wie stets, wenn Norby Unglück hatte, fragte es spottend und reizend quer übers Tal: „Wie geht's, Norby? Hast du Kerger?“

„Armer Vater!“ sagte Ingeborg in der Rüche zu ihrer Mutter. „Er sieht jetzt so blaß und elend aus, er kann unmöglich ganz gesund sein.“

„Ja,“ antwortete die Mutter. — Diese Geschichte nimmt ihn wohl mit. Sehr angenehm kann so etwas ja auch nicht sein, aber unsere Schuld ist es doch nicht. Das muß sich Wangen schon selber zuschreiben.“

Ingeborg verdoppelte ihre Sorge um den Vater, seit sie zu bemerken glaubte, daß es ihm schlecht gehe. Wie rührte es sie, daß er diese Geschichte sich so zu Herzen nahm. Da konnte man sehen, wie gut ihr Vater war. Sie hatte es immer gemußt, daß er der beste Mensch auf der ganzen Erde war.

Aber wie erschraf das arme Mädchen, als es eines Tages hörte, Wangen habe gesagt, nicht er, sondern Norby müsse ins

Zuchthaus. Bis dahin hatte sie ein gewisses Mitleid mit Wangen gehabt, weil er schuldig war. Aber nun wurde er in ihren Augen ein Unmensch. Und wenn es ihm nun gelang, den Vater ins Unglück zu bringen! Das wagte sie der Mutter gegenüber nicht auszusprechen, und weil sie niemanden hatte, dem sie ihre Angst anvertrauen konnte, wurde diese nur immer größer und begann ihr nachts den Schlaf zu rauben.

Da suchte sie Trost bei Gott und betete jeden Abend lange, heiße Gebete. Sie wußte, sie mußte selber erst würdig zu beten werden, wenn ihre Bitten erhört werden sollten. — Und je mehr sie das Böse in sich selber zu überwinden vermochte, glaubte sie auch zu merken, daß ihre Gebete tröstende Antwort empfangen, — und allmählich war ihr, als sei ihr Vater umgeben von guten Mächten, die ihn beschützen wollten. Wie glücklich sie das machte. Jetzt war Wangen unschädlich. Er sollte es nur versuchen, es würde ihm nichts nützen!

Und das müde, traurige Mädchen begann von nun an heller zu blicken und rascher zu gehen, als habe sie eine heimliche kleine Freude in sich glühen.

Das Unwetter zwischen Norby und seiner Frau hatte sich verzogen. Aber niemals war es ihm so unmöglich, wie jetzt, ihr den ganzen Zusammenhang zu erzählen.

— Kurz nach den Festtagen sah der Alte im breiten Schlitten und fuhr Jung-Baura zur Station, da in der Stadt die Mädchenschule wieder ansang.

Es war ein frostiger Tag mit hellem Himmel und glühenden Schneeflächen. Der harte Schnee knirschte unter den Schlittentufen. Der Bauer sah in seinem Pelz und warf ab und zu einen heimlichen Blick auf seine Tochter. So hübsch wie heute hatte er sie noch nie gesehen. Der Frost machte ihr junges Gesicht so rot und ihre Augen klar und leuchtend blau. Und je öfters sie diese Augen auf ihn richtete, während sie mit ihm schwatzte, um so mehr schämte er sich darüber, daß er dieses Kindes Zutrauen nicht länger verbiente.

„Du mußt uns etwas öfters als früher schreiben,“ sagte er geradeaus, als wenn er zum Pferde spräche. „Wir wollen doch gerne wissen, wie es dir ergeht.“

Beim Lebemohlsagen auf der Station, als der Zug schon ungeduldig suchte, hatte er die größte Lust, sie auf die Stirne zu küssen. Aber Lieblosens lag Norby nicht, und er begnügte sich, ihr einen Extrateller in die Hand zu stecken. „Kauf dir was dafür,“ sagte er. Das war sein Ruf.

Als er wieder im Schlitten sah und nach Hause fuhr, fühlte

er sich ganz allein auf dieser Welt. Und wer konnte wissen, in was für Unheil er nun fuhr, wenn er nach Hause zurückkehrte.

In Norby angekommen, begegnete ihm Marit auf der Diele.

„Du hast doch nicht die Erklärung vergessen?“ fragte sie. Sie meinte die schriftliche Erklärung für den Großhändler, bei dem Wangen jenes Bürgschaftsdokument hinterlegt hatte.

„Gift das denn so?“ brummte der Alte, während er den Pelz auszog.

„Acht Tage liegt es nun schon hier. Und gestern telephonierte er sogar an und fragte, wo es bliebe.“

Norby ging langsam in sein Zimmer. Die Erklärung lag fertig geschrieben da. Aber wenn er auch jetzt zu Hinz und Kunz von Wangens Fälschung gesprochen hätte, fiel es ihm doch ganz anders schwer, seinen Namen darunter zu setzen.

Marit war ihm gefolgt und stand wartend an der Türe. „Ruf das jetzt sein?“ Der Alte hob langsam die Augen zu ihr, während er mit der Hand nach seinem Brillenfutteral suchte.

„Ich muß sowieso zur Post, da kann ich es mitnehmen.“ Marit fühlte sich in dieser Angelegenheit als treibende Kraft: sie hatte Angst, er könne hinter ihrem Rücken ihr ganzes schönes Gebäude wieder erreichen.

Nun tauchte er die Feder ein, hielt aber wieder inne und sah da, den Blick auf Johann Enderups Bild gerichtet.

„Das ist eine häßliche Geschichte,“ sagte er zu dem Bilde. „Tja!“ zuckte sie mit den Schultern. „Man muß sich und das Seine schützen, wenn's noch Recht und Gesetz gibt im Lande.“

„Ja doch,“ seufzte der Bauer. Und wieder sah er das Gespenst, das wuchs und wuchs und über ihn herfallen würde, sowie er zurück wollte. Und langsam unterschrieb er: Amut D. Norby.

Aber als seine Frau schon längst fortgegangen war, stand er noch da und schaute hinterher. Da hatte er etwas ins Rollen gebracht, was er nicht mehr einholen konnte. Denn jetzt war's geschehen. Jetzt hatte er seinen Namen unter eine falsche Erklärung gesetzt. Der Name Amut D. Norby hatte von nun an nicht mehr einen so guten Klang wie früher.

„Du mußt dir jetzt etwas Arbeit machen,“ dachte er und zuckte die Schultern. „Dann wird dir vielleicht leichter zumute.“ (Fortsetzung folgt.)

Die verbesserte Straßenbahn.

In den letzten Tagen haben eine Reihe von Besprechungen über die zukünftige Ausgestaltung des Berliner Straßenbahnverkehrs gemeinsam mit Vertretern der verschiedenen Bezirksämter stattgefunden. Unter anderem sollen in der nächsten Zeit neben den bereits bekannten Änderungen noch folgende Verbesserungen durchgeführt werden:

Die Linie A wird vom Potsdamer Platz über das Brandenburger Tor, Dortheimstraße geführt werden und mit der Linie 130 vereinigt. Im Grunewald wird sie von der Hohbrechtstraße bis zum Bismarckplatz verlängert werden und dadurch eine unmittelbare, bisher nicht bestehende Verbindung über den Kurfürstendamm zum Bahnhof Friedrichstraße, Stettiner Bahnhof und Niederlehndorfer Hauptbahnhof herstellen.

Der Fahrplan der Linie O wird derart geändert, daß er sich mit der Linie 69 im 7 1/2-Minutenverkehr ergänzt.

Die Linie 33 wird von Charlottenburg statt über den Bülowplatz über den Rollendörferplatz geführt und in Weissensee bis zum Miroslawplatz verlängert werden. Ebenso wird am Abend die Linie 10 vom Stettiner Bahnhof über Weissensee nach dem Schlesischen Bahnhof noch später verkehren.

Die Linie 59 Lantow-Weissensee wird vom 20. auf den 15-Minutenverkehr gebracht.

Die Linie 65 wird in Neukölln auch in den Abendstunden bis zum Bernauer Platz durchgeführt werden.

Die Linie 67 wird in Wilmersdorf, dem Wunsch des dortigen Bezirksamtes entsprechend, statt über die Trautenaustraße-Käfersallee-Epichstraße über die Uhland-, Schaper-, Ranke-, Augustenburger Straße geführt werden, um so eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Altteil Wilmersdorf und dem neuen Stadtteil herzustellen.

Der Abstand der Linien 68 und 163 wird in gegenseitiger Ergänzung auf 7 1/2-Minutenverkehr gebracht werden, wobei dann die Linie 163 mit der Linie 95 Friedrichstraße-Johannisthal verbunden wird und eine unmittelbare Verbindung vom Norden Berlins über den Alexanderplatz nach Oberlehndorfer Hauptbahnhof herstellen wird. Die Linie 68 hingegen wird über die Thierstraße, Edenauer Straße (Wieshof) nach Lichterfelde geführt werden.

Die Linie 77 wird nach Fortfall der Linie 78 statt in halbstündigem Abstand wie bisher in 20 Minuten Abstand verkehren.

Zusammen werden noch verschiedene Änderungen im Fahrplan einzelner Linien zwecks Erzielung eines gleichmäßigeren Abstandes durchgeführt.

All diese sowie die früher mitgeteilten Verkehrsverbesserungen und Mehrleistungen, die mit der nach dem Streik stark eingeschränkten Personenzahl, also mit wesentlich geringeren Kosten durchgeführt werden, können erst nach Eingang der polizeilichen Genehmigung in Kraft treten.

Wiedereröffnung der Hauptfeuerwache.

In der letzten Sitzung der Feuerlöschdeputation wurde mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, die seit mehr als 30 Jahren bestehende Feuerwache Kauerstraße zu schließen und dafür die seit etwa einem halben Jahre geschlossene Hauptwache in der Lindenstraße wieder mit einem Löschzug zu besetzen. Die bürgerliche Presse vom Samstag, „Tägliche Rundschau“ berichtet nun, daß die Auflösung der Wache Kauerstraße nur auf Verlangen eines Teiles der Feuerwehrmänner erfolgt sei. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Mehrheit der Deputation hat vielmehr eingesehen, daß es falsch war, die in jeder Beziehung geradezu musterhaft eingerichtete, erst 1914 neuerbaute Hauptwache noch länger geschlossen zu halten. Die Wache Kauerstraße, die schon während des ganzen Krieges ohne Gefahr für den Bezirk geschlossen war, befindet sich nämlich in einem geradezu trostlosen Zustande; sie hat keinen Hofraum und infolgedessen müssen die Fahrzeuge der Feuerwehr auf der belebten Straße gewaschen werden. Die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Mannschaften sind in hygienischer Beziehung vollkommen unzureichend, während auf der Hauptwache alles aufs modernste eingerichtet und vorhanden ist. Branddirektor Reichel hat, wie der „Tag“ berichtet, jede Verantwortung für diese Verlegung abgelehnt. In der Deputationsitzung wurde Herr Reichel erwidert, daß er zwar des öfteren schon die Verantwortung abgelehnt habe, daß es aber nachher doch gegangen sei.

Die neueste Schulreform.

Zu diesem Thema, das Genosse Karlen im Leitartikel der Sonnabend-Ausgabe behandelt, sei noch die folgende, unglaublich klingende Tatsache aus der letzten Sitzung der Groß-Berliner Schuldeputation mitgeteilt:

Bei der Beratung eines Antrages des Treptower Bezirks auf Genehmigung einer Volksschule, die den Bau der weiblichen Schule in Adlershof krönen sollte, teilte Magistratschulrat Helmke mit, daß ihm im Kultusministerium auf das bestimmteste erklärt worden sei, den Evidenz würde die Schaffung dieses neuen Schultyps nicht genehmigt werden. Genosse Bohmann protestierte darauf hin sofort mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen des Ministeriums, das nur als eine absichtliche Sabotage der städtischen Schulreformen und des Einheitschulgedankens verstanden werden kann. Die Städte — und Berlin im besonderen — würden sich eine solche Bremsung ihrer Reformbestrebungen niemals gefallen lassen und die Schaffung der hienotwendig erscheinenden Volksschulen unter Umständen zu erzwingen wissen. Er verlangte an Stelle der unerbittlichen Auskunft eines Geheimrats eine amtliche Erklärung des Ministeriums, damit die Stadt gegebenenfalls dazu Stellung nehmen könne. Die Mehrheit der Deputation und unter ihr diesmal auch die Demokraten schlossen sich dieser Ansicht an, und so wird das Ministerium Boelck sehr bald Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen. Es wird sich hoffentlich nicht darüber täuschen, daß es hier hart auf hart gehen würde und daß die künstliche und systematische Behinderung jeder fortschrittlichen Schulpolitik in den Gemeinden schließlich einmal zu einem sehr unerwünschten Ende führen könnte. Die städtische Schulverwaltung aber sollte gerade daraus wieder erkennen, wie unumgänglich notwendig es ist, daß sie das gesamte höhere Schulwesen Groß-Berlins fest in ihrer Hand behält.

Ein Streit um Polizeibelohnungen.

Der Streit um die Belohnungen in Sachen gegen Holz beschließt augenblicklich die Behörden. Am 19. März v. J. fand in den Abendstunden in einer in der Jungfernhöhe gelegenen Saale eines gewissen Richard Baersch eine Zusammenkunft von kommunistischen Führern statt. Den Vorsitz führte Max Härtel, der die Versammlung auch einberufen hatte. Es wurde einstimmig beschlossen, am 23. März v. J. zwischen 10 und 11 Uhr vormittags eine Reihe von öffentlichen Gebäuden in Leipzig, Dresden, Freiberg, Koblenz und Luerbach in die Luft zu sprengen. Diese Aktenstücke sollten das Signal zu einem allgemeinen Aufstand bilden. Die fünf Täter wurden mit Sprengladungen versehen und gingen am 21. März auf die Reise. Ein gewisser Seidel wurde kurz vor Verübung des Attentats in Luerbach gefangen genommen, nachdem sein Komplize auf den Beamten geschossen hatte. Hierfür erhielt der Polizeibeamte eine Belohnung von 10 000 M., ebenso erhielt der Beamte, der Holz verhaftet hatte, eine Belohnung von 15 000 M. — Die Fäden der sämtlichen Attentatspläne wurden durch die Kriminalpolizei in Wilmersdorf aufgedeckt. Es gelang fünf dortigen Beamten, einen gewissen Karl Schulz aus Charlottenburg zusammen mit vier anderen Kommunisten unter Lebensgefahr festzunehmen, da alle fünf Verbrecher schwer bewaffnet waren. Schulz legte ein Geständnis ab, daß das Landgericht Dresden in die Luft gesprengt werden sollte. Nach seinen Angaben wurden auch die übrigen Dynamitbehälter ermittelt

Praktische Aufbauarbeit in den Bezirken.

Die durch die Presse gegangenen Nachrichten über die geplante Verkehrseinschränkung der Untergrundbahn zwischen Münchener und Thielplatz bildeten den Gegenstand längerer Erörterungen in der Versammlung des Bezirks 9 (Wilmersdorf). Ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen und der Volkspartei ersucht das Bezirksamt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Sache entgegenzutreten. Gen. Lüdemann trat für die Erhaltung der Dählemer Straße, sowie für den bisherigen 10-Minutenverkehr ein. Wenn der Plan der

Errichtung von Bureaubüro am Heidelberger Platz verwirklicht wäre, würde sich die Strecke für die Zukunft rentabel gestalten, und der herrschende Wohnungsnot könnte erfolgreich entgegenzuwirken werden. Vom Bezirksamt soll demnächst mit dem Verkehrsamt, unter Teilnahme der Fraktionen, über die Wünsche der Einwohner beraten werden. Desgleichen über die Einschränkungen der Straßenbahn. — Auch in der letzten Sitzung des Bezirks 10 (Zehlendorf-Dahlem) wurde über die drohende Einschränkung des Untergrundbahnverkehrs beraten, da gerade Zehlendorf, das außer der Untergrundbahn gar keine Verbindung mit dem Berliner Westen hat, durch die Stilllegung der Dählemer Strecke schwer betroffen werden würde. Ein Antrag, der das Bezirksamt ersucht, beim Magistrat gegen die Herabsetzung des städtischen Zuschusses vorstellig zu werden, wurde angenommen.

In einer Versammlung des Bezirks 4 (Prenzlauer Berg) wurde auch auf die schlechte Beschaffenheit der Bänke und der Diebstahlsgefahr in den Schulen hingewiesen und Abhilfe gefordert. Es wird verlangt, daß der Magistrat Mittel bereitstellt, daß die Bänke repariert und Einrichtungen geschaffen werden, die die Garderoben der Schüler in den Schulen vor Diebstahlsgefahr sichert. Mit 32 gegen 21 Stimmen wurde ein Antrag auf schnelle

Entfernung aller Kaiserbilder und Kaiserbüsten und der Kriegsangelegenheiten aus den Schulen und städtischen Bureaus angenommen. Das Bezirksamt hat für die Durchführung des Antrages Sorge zu tragen. Für die „Mittelstandsfache Deutschhori“ wurden in der Versammlung des Bezirks 9 (Wilmersdorf) 35 000 M. zur Weiterführung bis 15. Juli bewilligt. Nicht nur den Angehörigen des Mittelstandes, sondern auch allen nicht gesetzlich Unterstützungsberechtigten soll die Einrichtung der Mittelstandsfache zugute kommen. Dem Bezirksamt wurden 50 000 M. zur Verfügung gestellt, um vorübergehend Bedürftigen in besonderen Notfällen ein Darlehen zu gewähren.

In der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks 6, Kreuzberg, wurde noch einmal die Angelegenheit des roten Teppichs behandelt. Der Ausschuss, der zur Prüfung der Ausgaben für den inneren Ausbau des Bezirksamtes auf Antrag der bürgerlichen Parteien mit Unterstützung der SPD. eingesetzt war, hatte festgestellt, daß der Bürgermeister

in der sparsamsten Weise gewirtschaftet hat. Der bürgerliche Vertreter mußte erklären, daß die Veröffentlichungen in einigen bürgerlichen Zeitungen, daß das Bezirksamt in verschwenderischer Weise ausgeflatter sei, Verleumdungen waren. In der Sitzungsberatung wurden Beschwerden über das Wohnungsamt zur Sprache gebracht. Stadtrat Konrad als Delegierter bebauert, daß es ihm unmöglich sei, diese Zustände zu ändern. 8 000 Wohnungsuchende sind in den Listen eingetragen. Von 780 Wohnungsuchenden an einem

und abgeurteilt. — Die Aßerslebener Polizeibeamten beanspruchten nun den größten Teil der ausgeschriebenen Belohnung von 50 000 M. und haben diesbezüglich durch Rechtsanwalt Bahn verschiedene Anträge an das städtische Justizministerium gerichtet, das aber bisher nur 10 000 M. bewilligt hat. Unter diesen Umständen wird es zu einem Zivilprozeß kommen, da die Beamten den Klageweg beschreiten wollen.

Vor dem Braunschweiger Schwurgericht begann gestern vormittag die Verhandlung gegen die Täter der im Juni und Juli v. J. auf verschiedene Wohnhäuser der Stadt und die Garnisonkirche verübten Dynamitanschläge. Angeklagt sind: der Tischler Emil Hermann, der Mechaniker Karl Lange, dessen wirklicher Name Olschewski ist, der Schleifer Paul Engemann aus Delligen, die Ehefrau des Schmiedes Georg Föhnhauer, Minna Föhnhauer, geborene Nicolai, der Schneider Hermann Kruze aus Delligen, der Hausdiener Wilhelm Paech, der Sohn des früheren braunschweigischen Bräutigams Werges, Alfred Werges, der Schneider Hermann Burigen aus Braunschweig und der Schlosser Otto Busch. Geladen sind 18 Kunststückenpersonen, unter denen sich auch der frühere Präsident des Freistaates Braunschweig, August Werges, befindet, der aber nicht erschienen war. Der Angeklagte Olschewski benahm sich sehr aufgeregt und erklärte, der Klassenjustiz jede Auskunft über seine Person zu verweigern. Es sind größere Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Verhandlung dürfte drei bis vier Tage dauern.

„Vornehme“ Gegner.

Wer in der sozialdemokratischen Partei an der Front steht, ist es gewohnt, von Feinden und Hasserin mit Säure beworfen zu werden. Soll man jedem Gassenjungen die Freude machen, ihm Beachtung zu schenken? Ach nein! Aber mitunter empfiehlt es sich doch, dem Feinde einen Jagdlieb zu betreiben. Auf dem Postamt Berlin O. 25 am Alexanderplatz wurde dieser Tage in einem nur für Beamte zugängigen und hauptsächlich von mittleren Beamten benutzten Dienstraum an der für dienstliche Mitteilungen bestimmten Aushangstafel ein Zeitungsausschnitt befestigt, der eine Entzweiung unseres Genossen Scheidemann meldete. Dem Ausschnitt waren mit Tinte ein paar Bemerkungen hinzugefügt; aber dem Namen Scheidemann stand: „Der große Lump!“ und am Schluß der Notiz las man den frommen Wunsch: „Kad. betredel!“ Der Beamtenausschnitt meldete dieses Verbrechen unbekanntem schwarzeihrigen Helden dem Oberpostinspektor, und der Fettel wurde dann befestigt. Wir hätten ihn niedriger gehängt.

Einführung der westeuropäischen Zeit im besetzten Gebiet. Am 26. März wird auf den Eisenbahnen des besetzten Gebietes die westeuropäische Sommerzeit wieder eingeführt. In der Nacht vom 25. zum 26. März werden die Bahnhöfe von 11 auf 12 Uhr nachts vorgezogen.

Weiter bis Donnerstag mittag. Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend bewölkt mit wiederholten vielfach ergebigen Niederschlägen bei trübem nordöstlichen Winden. Am Tage sehr kühl, nachts Frost.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch reichlich, Geschäft lebhafter. Fische reichlicher, Geschäft reger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise:

- Schweinefleisch 26—34 M., Rindfleisch 25—31 M., ohne Knochen 27—32 M., Kalbfleisch 21—31 M., Hammelfleisch 24—31 M., Linsen 20 bis 40 M., Schellfisch 8—9 M., Seezachs 6,50 M., Dorach 5 M., in Eis: Schleihe 20—24 M., Hechte 12—14 M., Aale 35—40 M., Lebonde Barsche 14—17 M., Karpfen 18—20 M., Bleie 12—15 M., Naturbutter 45—55 M., Margarine 26—35 M., Schweineschmalz 38—44 M., Eier 3—3,50 M., Reis 7,50—12 M., Eierudeln 15—16 M., Buchweizengrütze 11 M., Erbsen 9—10 M., Weiße Bohnen 5—8 M., Wirsingkohl 5—7 M., Weißkohl 4,50—6 M., Rosenkohl 10—12 M., Blumenkohl 10—16 M., der Kopf Spinat 5—7 M., Zwiebels 5—7 M., Zitronen 1—2 M. das Stück.

Tage konnten nur 8 Parteien berücksichtigt werden, weil nur 6 kleine Kochstuben und 2 andere Wohnungen gemietet waren. Leider lasse der Magistrat an der nötigen Unterstützung fehlen. Die Promenade unter der Hochbahn, zwischen Rotbuser Tor und Wasserarbeiten, erhält neue Kiesausstattung. Damit wird einem besonderen Wunsch der dortigen Bewohner Rechnung getragen.

Die Bezirksversammlung des 16. Bezirks, Köpenick, erledigte in ihrer Sitzung den Etat. Gefristet wurden die Aufwendungen für den katholischen Religionsunterricht an den Köpenicker Schulen. Eine längere Debatte rief die Position

Wurstfabrik Friedrichshagen hervor. Daß gerade diese kommunale Einrichtung mit einem Ueberschuß von 400 000 Mark abschließt, gab den Mittelstandscritikern Gelegenheit zu Angriffen und Verdächtigungen gegen denartige Einrichtungen. Im übrigen wurde der Etat nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Am 7. Bezirk (Charlottenburg) wurde einer Vorlage des Bezirksamtes, die Zahl der besoldeten Bezirksamtsmitglieder von 8 auf 9 zu erhöhen, zugestimmt. Für die Quäterspeisung werden 35 000 M. nachbewilligt. Ebenso werden die Mittel für die Verabsolugung von Schulführer um 20 000 M. erhöht. Für die Volkshotel-Aktien-Gesellschaft Bedigenheim wird zur Fortführung des Betriebes im Jahre 1922 ein Zuschuß von 150 000 M. bewilligt. Ferner wurde das Bezirksamt ersucht, wiederholt öffentlich bekanntzugeben, welche Ausweisungspapiere auf den Steuerzahlerstellen vorzuliegen sind, damit die Steuerzahler die im Jahre 1920 zu viel gezahlten Steuern sofort ohne Klage zurückhalten. Die jetzigen Zustände wurden als himmelschreiend bezeichnet.

Am 17. Verwaltungsbezirk (Cichenberg) gab es eine längere Debatte wegen der Stilllegung der Steinfabrik in Senzig, der Verpachtung von Lagerplätzen, wegen des Verkaufs von Maschinen aus dem stillgelegten Elektrizitätswerk und der Verpachtung der städtischen Futtermittelfabrik. Die Deputierten werden sich mit diesen Dingen noch zu beschäftigen haben. — Ein Dringlichkeitsantrag der USP. wegen Maßregelungen beim letzten Streik wurde gegen die Stimmen der USP. und SPD. abgelehnt. — Ein bürgerlicher Antrag, Wachhunde freier zu lassen, wurde angenommen, desgleichen ein Antrag.

Das Gutshaus in Mahlsdorf als Kinderheim auszubauen. — Der Etat des Bezirks, der mit 123 506 817 M. balanciert, gelangte gegen die Stimmen der SPD. zur Annahme.

Am 5. Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen) wurde ebenfalls der Etat, der mit 115 Millionen Mark abschließt, nach kurzer Beratung angenommen. Ein bürgerlicher Antrag, die Heberwiese in einen Sport- und Spielplatz umzuwandeln, wurde mit der von unserer Fraktion beantragten Änderung, daß zunächst ein Erholungsplatz für ältere Leute und kleine Kinder geschaffen werden müsse, angenommen. Die Bürgerlichen erließen einen ähnlichen Antrag, als sie die Wahl eines Studienrates, der das festgesetzte Alter schon überschritten hatte, hinterziehen wollten. Ueber eine Reihe kommunistischer Anträge wurde zur Tagesordnung geschritten, da die Versammlung sie nicht ernst nehmen konnte. Die Kommunisten hatten, wie Gen. Klingler als Berichterstatter mitteilte, es unterlassen, in einen Ausschuss, der eine Reihe ihrer Anträge beraten sollte, irgendeinen ihrer Vertreter zu entsenden.

Filmschau.

„Othello“ im Film.

Die Tragödie des brennendsten Instinktes ist verfilmt. Am Ufa-Palast am Zoo hat man „Othello“ zum Schlußbild eine verblichene. Verbleibt, weil dieser „Othello“-Film an den Voraussetzungen der Kinodramatik verfehlt. Der dramaturgische Gehalt des Textes, der sich auf Schalkens und auf dessen italienische Quelle bezieht, aus dem das Ideal, ohne es seiner spezifischen Idealität zu entziehen, im Film festzuhalten. Es wurde zwar kein Film, aber photographiertes Theater. Dies bedeutet eine Verflüchtigung an jedem. Die dramatische und ordinäre Geschichte des Othello wäre ein Filmstoff im besten Sinne gewesen. Aber so, wie Schalkens diese Verdrängung festhält, hat, so hätte sie der Filmautor sinnmäßig verwickeln müssen. Er durfte nicht einfach Schalkens in Bilder zerlegen und ein paar Massenmenschen einschleichen, wie er den weitgehenden Möglichkeiten des Films einen Tribut zu zahlen. Der Herr Direktor Buchoweski hat überdies aus diesen Massenmenschen nichts Neues, nicht einmal Anzeichen herausgeholt. Die Reize beider der Regie liegen in der Auswertung der Epikens; gerade da aber kommen sie über photographiertes Schalkensdramatiker nicht hinaus.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung. Der Film ist da, um das zu bewahren, was er behauptet. Wenn behauptet wird: die städtische Flotte nicht, dann genügt diese Behauptung für den Bühnendramatiker. Der Film dramatisiert nur und die Flotte zeigen. Sehr häßlich werden auch die von den Besetzern an sich sehr geschickt gestellten Bauten empfunden. Gerade hier wäre ein edles Benedikt absolut unerlässlich gewesen.

Othello im Ganzen. Mit wenigen ausnehmend starken Momenten wirkt er überzeugend. Noch überzeugender in der schwerfälligen Outmüdigkeit als in der Raffinerie. Rogo-Rogoch ein hübscher, arabischer Wespenschnitt, schlangelicht, geistreich in aller Uebertriebung. Vornehm und schlicht der Gallo des Herrn Ross. Die Dedemona der Rogo-Rogoch ein schlichtes, verdiente das Dedemona-Schild. Aber dieses Wuppengesicht mit der Unierial-Ausdrucksweise vermochte nicht einen Augenblick Teilnahme zu erregen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationaler Bund Realisten. Donnerstag, den 23. März, 7 1/2 Uhr. Versammlung der 4. Abteilung, 19. bis 21. Bezirk, bei Centel, Hermann, Ecke Jägerstraße. Thema: „Religion und Schule“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Frist zur Forderung auf die Tabakwerkstoffe läuft, wie aus der im Internationalen veröffentlichten Bekanntmachung hervorgeht, bereits am 24. v. M. ab.

Ersparnisse

erzielt der vorteilhafteste, nicht der billigste Reifen. Lange Haltbarkeit, größte Schnelligkeit bei geringem Betriebsstoffverbrauch machen den Reifen billig. Darum fährt

Continental

Cord-Reifen

